

Sozialdemokratischer Pressedienst

Herausgeber und Chefredakteur:
Erich Miffringhaus, Berlin.
Sprechsprecher: Hans Dörfel 4196/4198



Anschrift für Verlag und Schriftleitung:
Berlin SW 61, Belle-Alliance-Platz 6
Druckanschrift: Capodienst

Die Herstellung erfolgt im Selbstverlag.

Der Abdruck ist nur auf Grund besonderer Genehmigung gestattet. Abdruckung ist verboten 4 Wochen vor dem Erscheinungstermin, wenn nicht anders bestimmt ist. Erscheinungsort ist Berlin.

Berlin, den 25. Juni 1930

Int. Institut
Soc. Geschichte
Amsterdam

Die Spaltpilze des Bürgertums.

SPD. Die sächsischen Deutschnationalen haben sich unmittelbar nach der Wahl beeilt, die bürgerlichen Parteien zur Bildung einer Bürgerblockfront gegen die Sozialdemokratie aufzufordern. Nach dem Ausgang der sächsischen Wahlen bedeutet eine Bürgerblockregierung in Sachsen nur eine Kopie der Regierung des Herrn Frick in Thüringen - die Bürger werden darin wenig zu sagen haben, um so mehr aber die Nationalsozialisten! Die "Deutsche Tageszeitung" hat unter dem Eindruck der katastrophalen Niederlage des Bürgertums in Sachsen sehr offenherzig herausgesagt, welcher Zukunft das Bürgertum in einer Regierung mit Nationalsozialisten entgegengieht:

"Will man in Ländern, wo der Nationalsozialismus sich parteimässig eine starke Stellung errungen hat, überhaupt eine bürgerliche Sammlungspolitik gegenüber dem Marxismus betreiben, so werden die Ansprüche der Nationalsozialisten, noch dazu bei einem geschwächten Bürgertum, immer von einer Art sein, dass sie für die alten bürgerlichen Parteien so etwas wie ein kaudinisches Joch bilden. In der Masse aber, wie diese gezwungen werden sollen, gegenüber teilweise wesensfremden Ideen ihren Nacken zu beugen, wird auch die Neigung abnehmen, mit den Nationalsozialisten zu paktieren. Hinzu kommt, dass ein nationalsozialistisches Übergewicht, ganz gleich ob innerhalb oder ausserhalb einer bürgerlichen Regierung, mit der Radikalisierung des öffentlichen Lebens eine revolutionierende allgemeine Stimmung erzeugt, die eine gefährliche Menge von Zündstoff aufzuhäufen in der Lage ist."

Das ist nicht schlecht gesehen. Und wenn trotz solcher Einsichten die Bürgerlichen in Sachsen anfangen, den Nationalsozialisten nachzulaufen, so kann man ihnen dazu und zu dem, was noch folgen wird, nur mit aufrichtiger Schadenfreude viel Vergnügen wünschen. Möge es ihnen ergehen, wie der Volkspartei unter der Botmässigkeit Fricks in Thüringen!

Adolf Hitler hat in einer Betrachtung über die Folgen der Sachsenwahl von einer Hinrichtung der bürgerlichen Parteien gesprochen. Wo eine Hinrichtung ist, ist auch ein Henker. Die Nationalsozialisten hätten also nach dem Urteil Hitlers die Rolle des Henkers des Bürgertums gespielt. Nichtsdestoweniger zeigt sich, dass die Hingerichteten dem Henker ihre Freundschaft antragen!

Das von Adolf Hitler gewählte Bild stimmt allerdings nicht ganz: er wollte den Henker der Sozialdemokratie spielen. Dabei hat er sich den Kopf eingerannt. Um diese Tatsache zu verbergen, mimt er jetzt in Heldenpose den Henker des Bürgertums. Indessen ist die Rolle des Henkers - so sehr sie auch sonst der Mentalität seiner Kreise entspricht - für ihn und die Seinen doch noch etwas zu pathetisch. Nicht die Henker, die Spaltpilze des Bürgertums sind die Nationalsozialisten!

Das fing an in dem famosen Hugenbergschen Reichsausschuss. Das zersetzende Gift der Nationalsozialisten hat in der Deutschnationalen Volkspartei weiter gefressen und lang anhaltende, verwüstende Wirkungen gezeitigt. Der Zerfall der

Deutschnationalen in mehrere Gruppen war die Folge der Intimität ihres Führers Hugenberg mit Herrn Hitler. Die politische Paralyse der Deutschnationalen geht zurück auf die Vergiftung mit den Spaltpilzen vom Hakenkreuz.

Zusammen mit den Deutschnationalen hat damals der Stahlhelm im Reichsausschuss mit den Nationalsozialisten paktiert. Auch er ist der Vergiftung anheim gefallen. Heute ist er in einer unverkennbaren schweren inneren Krise, er zeigt alle Spuren des Verfalls. Er vermag nicht mehr seine Anhänger bei der Fahne zu halten. Wo war diese Organisation als Schutztruppe der Deutschnationalen, denen sie doch am nächsten steht, bei der Sachsenwahl? Es scheint, dass die Nationalsozialisten sie zu einem guten Teil aufgefressen haben.

Die Deutsche Volkspartei hat sich in Thüringen in eine Regierungskoalition mit den Nationalsozialisten eingelassen. Sie ist dabei in absolute Knechtschaft von Herrn Frick geraten, und die sächsischen Volksparteiler können sich bei ihren Thüringer Kollegen für die herrlichen Erfolge bedanken, die diese Koalitionsgemeinschaft gezeitigt hat. Wer spricht noch von der Volkspartei in Thüringen? Würde der Sachsenwahl eine Landtagswahl in Thüringen nachfolgen, so würde wahrscheinlich das Ergebnis derart sein, dass demgegenüber das Resultat der Sachsenwahl noch geradezu als glänzender Erfolg der Volkspartei erscheinen müsste!

In Sachsen hat die Volkspartei versucht, auf den Krücken der Hakenkreuzler Bürgerblockpolitik gegen die Arbeiterschaft zu treiben, und das Ende vom Lied ist, dass nun nicht mehr viel von ihr übrig ist.

Wir verkennen durchaus nicht, dass die Wiederholung des Regierungsexperiments von Thüringen in Sachsen schwere politische Konsequenzen haben würde, und dass eine solche Regierung auf eine Bedrückung und Entrechtung der Arbeiterschaft hinauslaufen würde. Indessen lehren die sächsischen Landtagswahlen dazu noch ein anderes: solche Experimente werden ebenso wenig wie die Bürgerblockpolitik gegen die Sozialdemokratie die Stellung der Sozialdemokratie schwächen. Politisch genommen, werden am Ende doch die Leidtragenden eines solchen Experimentes die bürgerlichen Parteien sein, die sich aus Hass gegen die Sozialdemokratie den Nationalsozialisten verkaufen!

SPD. Paris, 25. Juni (Eig. Drahtb.)

Die Regierung hat am Mittwoch vormittag einen Ministerrat abgehalten, in dessen Mittelpunkt, wennauch das offizielle Kommuniqué nichts darüber spricht die neuste Sorge Tardieus, das Defizit der französischen Eisenbahnen, gestanden haben dürfte. Dieses Defizit ist teilweise technischer Natur, - vorwiegend durch die stark gestiegenen Personalkosten bedingt - teils auf die starken Steuererschöpfungen zurückzuführen, denen die Eisenbahn unter dem Sparregime Chérons unterworfen war. Man befürchtet heute, dass das Defizit der Eisenbahnen bis zum Jahresschluss den Betrag von einer Milliarde übersteigen wird.

Der französische Staat hat aus seinen viel umstrittenen Tresorreserven bisher bereits 135 Millionen Franken für die Eisenbahnen vorgeschossen. Da aber das Rechtsverhältnis zwischen Staat und Eisenbahn direkte Zuwendungen nicht erlaubt, soll der mit der Untersuchung der Lage beauftragte stellvertretende Direktor der Bank von Frankreich, Fournier, vorgeschlagen haben, das Defizit durch eine Herabsetzung der Transportsteuer bei gleichzeitiger Erhöhung der Beförderungstarife auszugleichen. Auf diese Art würde die französische Öffentlichkeit zwar von den Auswirkungen der Eisenbahn-Krise verschont bleiben, wohl aber würden die ohnehin erschütterten Finanzen des Staates eine neue Bedrohung erfahren, dass durch Verminderung der Steuerleistung der Eisenbahnen das heikle Gleichgewicht des Budgets endgültig erschüttert werden könnte.

SPD. Paris, 25. Juni (Eig. Drahtb.)

In der aussenpolitischen Kommission der Kammer übten die Abgeordneten der Rechten am Mittwoch heftige Kritik an der Aussenpolitik der französischen Regierung gegenüber Italien, die eine bedauerliche Verschärfung der Gegensätze verschuldet habe. Die Linke verwahrte sich energisch gegen eine solche Beurteilung der Lage und machte geltend, dass die aggressive Haltung Italiens die Sicherheitsmassnahmen Frankreichs hinreichend rechtfertige. Der Vorsitzende der aussenpolitischen Kommission, Paul Boncour, wurde beauftragt, über die italienische Politik der Regierung einen Fragebogen auszuarbeiten.

Die Verhandlungen fanden in Abwesenheit Briands statt.

SPD. Schweidnitz, 25. Juni (Eig. Drahtb.)

Im Schweidnitzer Prozess werden noch bis zum 30. Juni Zeugen vernommen werden.

Die Aussagen der bisher vernommenen nationalsozialistischen oder ihnen nahestehender Zeugen stimmen ziemlich überein. Einzelne, der Verteidigung erwünschte Momente werden von nationalsozialistischen Zeugen geradezu wie bestellt vorgebracht. Es liegt deshalb der Verdacht nahe, dass in Schweidnitz ähnlich wie in einem der letzten Münchmeyer-Prozesse eine planmässige Zeugenbeeinflussung erfolgt. Dieser Verdacht wird verstärkt durch einen von dem Verteidiger Dr. Frank in dem nationalsozialistischen Wochenblatt "Der Schlesische Beobachter" veröffentlichten Artikel über den z.Zt. schwebenden Prozess, der eine Beeinflussung der noch zu vernehmenden Zeugen bzw. der Laienrichter darstellt. Der Staatsanwalt und der Rechtsanwalt der Nebenkläger gaben zu diesem Versuch der Zeugenbeeinflussung am Mittwoch folgende Erklärung ab: "Der Artikel des Verteidigers ist geeignet nicht nur die öffentliche Meinung, sondern vor allem die noch nicht vernommenen Zeugen und die Laienrichter zu beeinflussen. Er enthält objektive Unrichtigkeiten und Übertreibungen und eine ganz einseitige Darstellung des bisherigen Beweisergebnisses. Damit erschwert der Verteidiger dem Gericht seine Aufgabe, die Wahrheit zu ermitteln. Der Verfasser hat durch seine Abfassung auch gegen die klare Rechtsprechung des Ehrengerichtshofes der deutschen Anwaltschaft verstossen, der er untersteht, solange er die Ehre hat eine deutsche Anwaltsrobe zu tragen."

Der Vorsitzende verurteilte die Handlungsweise des Verteidigers ebenfalls und gab der Erwartung Ausdruck, dass sich ein ähnlicher Vorfall im weiteren Verlauf des Prozesses nicht wiederhole.

SPD. Der Reichstag wird nach dem Arbeitsplan seines Ältestenrats kaum vor-Ende Juli in Sommerferien gehen. Mit der zweiten und dritten Beratung des Reichshaushalts kann voraussichtlich erst Mitte Juli begonnen werden.

SPD. Manila, Philippinen, im Juni (Eig. Ber.)

Allah ist Gott und Mohammed ist sein Prophet. Aus den weltentlegenen Bergen von Mindanao nahe dem Lanao-See kommt der Schlachtruf der Moros, die wieder einmal gegen die philippinischen Polizeitruppen zu den Waffen gegriffen haben. In tropischen Bergwäldern, unzugänglichen Befestigungen wird hier ein Kampf ausgefochten, der blutige Verluste auf beiden Seiten fordert. Moderne Gewehre knäpfeln gegen primitive altmodische Waffen. Geschlagen ziehen sich die unbeugsamen Stammeshäupter mit ihren Familien, Kindern und Kindeskinern in verborgene Bergkluften zurück, um bei passender Gelegenheit wiederum zum Schlage gegen den verhassten "Filippino" auszuholen.

Der Kampf zwischen den Moros und den Philippinos ist neben all seiner menschlichen Tragik der Kampf der Maschinentzivilisation mit den Überbleibseln einer unrettbar versinkenden Zeit. Wie immer muss er auch hier mit der Niederlage des technisch Schwächeren und im zivilisatorischen Sinne Zurückgebliebenen enden. Und mit der unvermeidbaren Niederlage des Moro geht wiederum eine Epoche zu Ende, die das Blühen und Verdämmern einer unfassbaren, uns fremden Kultur gesehen hat.

Für diese kämpfenden Söhne eines kämpfenden Propheten sagt der Kampf um die Erhaltung ihrer geistigen und materiellen Güter nichts Neues. Ruhelose Malayen im äussersten Südosten der Inselgruppe, die vor Jahrhunderten von arabischen Missionaren zum Glauben Mohammeds bekehrt wurden, haben sie seit jeher mit der Waffe in der Hand um ihre Freiheit und gegen das Vordringen der Apostel der Zivilisation gekämpft. Die spanischen Eroberer kamen und lernten 300 Jahre die unversöhnliche Waffenfeindschaft dieser Stämme spüren. Dann kamen zu Ende des vorigen Jahrhunderts die neuen amerikanischen Herrscher und es bedurfte erst jahrelanger Kämpfe, bis sich die Moros im Angesichte einer zum äussersten entschlossenen amerikanischen Truppenmacht zum Friedensschluss bequerten. Als die Amerikaner an die, übrigens nie richtig durchgeführte Entwaffnung der Moros gingen, wurde ihnen das Versprechen gegeben, sie allein zu lassen und den bitter gehassten Erbfeind, den Philippino, fern zu halten.

Nach kaum zehn Jahren war alles vergessen. Ständige Übergriffe der kriegslustigen Bergbewohner zwangen die amerikanischen Behörden zu entscheidenden Massnahmen. Die Philippinos erhielten die Erlaubnis, in die Stammesgebiete vorzudringen, dort die Herrschaft zu übernehmen und für die Beobachtung der Landesgesetzes Sorge zu tragen. Damit war das Signal zu neuen Kämpfen gegeben, die mit wechselndem Kriegsglück fast zwanzig Jahre angehalten haben. Erstaunlich ist nur die Widerstandskraft, die die Moros mit ihren primitiven Verteidigungsmitteln gegenüber den modernen Polizeitruppen der Philippinos aufzubringen wissen.

Was die Moros im Kerne der Dinge wollen, ist nichts anderes als allein gelassen und nach ihrer eigenen Facon selig zu werden. Sie wollen nach ihren religiösen und Volksgebräuchen leben und haben kein Verständnis für eine Lebens-einteilung, die ihre Kinder in Schulen schicken und sie selbst in geordnete und sauber abgezielte Verhältnisse zwingen will. Lateinamerika sieht ähnliche Völkertragödien. Der Kampf, der seit Jahrzehnten zwischen den auf ihre Unabhängigkeit pochenden Maya-Indianern in Yucatan und der mexikanischen Bundesregierung gekämpft wird und vor wenigen Jahren in der Aufbietung von Maschinengewehren, Bomben und Flugzeugen gegen die kärglichen Volksreste von 10 000 Indianern gipfelte, wiederholt sich hier in kleinerem und weniger beachtetem Masstabe.

So fegt moderne Zivilisation wie eine Welle über Volksreste, die sich verzweifelt an ihren letzten Bodenresten festklammern und mit heroischen Gesten dem Ansturm einer neuen Zeit Einhalt zu gebieten glauben. Der Moro mag äusserlich nur um Kleinigkeiten streiten, aber in Wirklichkeit geht es um mehr, um das Sterben derer, die sich dem modernen Leben nicht einzufügen wissen. Die Moros, die einzigen Mohammedaner unter amerikanischer Flagge, wollen eben nicht lautlos von dem Schauplatze ihres Erdendaseins verschwinden, ohne den Kampf bis zum bitteren Ende ausgefochten zu haben.

SPD. Die Ernennung des Reichswirtschaftsministers Dietrich zum Reichsfinanzminister steht bevor. Als Nachfolger für Dietrich wird der Minister für die besetzten Gebiete Treviranus genannt.

Die Steuerpläne Dietrichs, die inzwischen von der Reichsregierung angenommen worden sind, weichen in einer Reihe von Einzelheiten von den Vorschlägen Moldenhauers ab, bedeuten aber keine entscheidende Änderung seiner Absichten.

Dagegen stehen sie zu den Forderungen der Deutschen Volkspartei, die am Dienstag dem Reichskanzler in ultimativer Form unterbreitet worden sind, in schroffem Gegensatz. Die Volkspartei verlangt Ersparnisse und Ausgabensenkung in Höhe von zusammen 260 Millionen. Davon sollen 125 Millionen durch Abstriche an den Sachausgaben des Etats erzielt werden. Den Rest will sie durch die Herabsetzung der Länderüberweisungen um 5 % eingespart wissen. Zum Ausgleich für die Kürzung der Länderüberweisungen will man die Länder auf die Kopfsteuer verweisen. 100 Millionen sollen durch Besteuerung der Versorgungsbetriebe aufgebracht werden. Die Beitragserhöhung bei der Arbeitslosenversicherung soll nur $\frac{1}{2}$ % betragen. Sollten diese Deckungsvorschläge nicht ausreichen, so sollen im Herbst neue Mittel angefordert werden.

Soweit sich die Pläne Dietrichs vorläufig übersehen lassen, will auch er jetzt nicht den gesamten Fehlbetrag decken, sondern die Deckung etwaiger Mindererträge bei den Steuern der Zukunft überlassen. Seine positiven Deckungsvorschläge enthalten drei neue Massnahmen: Ersparnisse im Etat des Reiches von etwa 100 Millionen, Notopfer der Beamten in Höhe von 3 %, wobei Einkommen unter 2000 Mark jährlich freibleiben sollen und ein Zuschlag von 5 % zur Einkommensteuer der Einkommen über 8400 Mark jährlich. Die anderen Vorschläge der Reichsregierung, Ledigenopfer in Höhe von 10 Proz. der Einkommensteuer und Verkürzung der Zahlungsfristen der Zigarettensteuer bleiben bestehen.

Für die Beurteilung der Pläne von Dietrich wird man die endgültigen Entschlüsse des Reichskabinetts abwarten müssen. Das gilt insbesondere von den Ersparnissen, über deren Zweckmässigkeit man erst urteilen kann, wenn man weiss, an welchen Ausgaben dieser Betrag von 100 Millionen eingespart werden soll. Das Notopfer der Beamten soll nach den Vorschlägen Dietrichs etwas geringer sein als nach den ursprünglichen Absichten Moldenhauers. Es soll 3 Proz. statt 4 Proz. betragen. Jedoch ist eine feste Freigrenze von 2000 M. vorgesehen, während früher die Freigrenze sich nach der Höhe des steuerfreien Einkommens richten sollte.

Neu ist an den Vorschlägen Dietrichs der allgemeine Zuschlag zu den höheren Einkommen über 8400 Mark jährlich. Er soll allerdings nur auf 5 Proz. festgesetzt werden, bleibt also in seiner prozentualen Höhe ausserordentlich stark hinter der Abgabe der Beamten zurück. Wenn es auch zu begrüssen ist, dass damit grundsätzlich der Widerstand gegen eine Heranziehung der höheren Einkommen aus Kapital, Grundbesitz und Gewerbebetrieb aufgegeben ist, so wird man doch diese Belastung als nicht ausreichend ansehen müssen. Das gilt aber nicht nur für den Einzelfall, sondern auch für den Gesamtertrag. Aus dem Notopfer der Beamten dürfte ein Jahresertrag von 200 - 225 Millionen Mark erzielt werden, während der Zuschlag zur allgemeinen Einkommensteuer auf die hohen Einkommen lediglich 50 - 60 Millionen Mark bringen wird.

SPD. Kairo, 25. Juni (Eig. Drahtb.)

Die Lage in Ägypten hat sich in den letzten Tagen ausserordentlich zugespitzt. Eine Entspannung dürfte ohne Intervention der englischen Regierung kaum möglich sein.

Der Wafd ist überzeugt, dass England auf seiner Seite steht. Trotzdem ist man im Lager der Wafdisten entschlossen, den Kampf gegen die neue verschleierte Diktatur des Königs Fuad zunächst ohne englische Hilfe aufzunehmen. Am Donnerstag treten in Kairo sämtliche Abgeordnete und sonstigen Führer des Wafd zu einer Tagung zusammen, die den aktiven Widerstand gegen den König und sein neues Kabinett beschliessen wird. Inzwischen haben die wafdistischen Organisationen eine starke Propaganda unter dem Militär und der Polizei eingeleitet.

SPD. Im Haushaltsausschuss des Reichstags gab es am Mittwoch bei der Beratung der Richtlinien für die Verteilung des Fonds zur wirtschaftlichen Förderung der Flugzeugindustrie eine Zeppelindebatte.

Der betreffende Fond ist in Höhe von 7 Millionen vorgesehen. Er ist ausser zu Aufwendungen für die Entwicklung des Flugzeuggeräts, für die Fliegerausbildung und für den Flugverkehr bestimmt. Abg. Keil (Soz) machte im Verlauf der Debatte darauf aufmerksam, dass den Dauerleistungen des Reiches zur Förderung der Fliegerei keine öffentlichen Leistungen zur Förderung des Luftschiffverkehrs gegenüberstehen und schlug vor, an dem 7 Millionen-Fond in Zukunft auch den Luftschiffbau zu beteiligen, sofern nicht besondere Mittel für den Luftschiffbau im Reichshaushalt bereitgestellt werden. Für das Jahr 1930 käme eine Beteiligung des Luftschiffbaues an dem neuen Fonds nicht in Betracht, da in diesem Jahr noch die letzten Raten der einmaligen Aufwendungen des Reiches für den Bau einer neuen Luftschiffhalle und für Versuchsfahrten bewilligt werden. Reichsverkehrsminister von Guérard unterstrich die Weltbedeutung des Zeppelin und erklärte, er werde darauf bedacht sein, dass im nächsten Etat auch Mittel zur Förderung des Luftschiffbaues und -Verkehrs bereitgestellt werden.

Aus etatrechtlichen Gründen lehnte der Ausschuss die Beteiligung des Luftschiffbaues an dem neuen Fonds schliesslich ab, beschloss aber beim Plenum zu beantragen, schon jetzt einen Leertitel in den Etat einzusetzen, in dem im nächsten Jahre die Mittel zur Förderung des Luftschiffbaues einzutragen sind.

SPD. New York, 25. Juni (Eig. Drahtb.)

Das Flugzeug "Southern Cross" ist am Mittwoch gegen 1 Uhr mitteleuropäischer Zeit in Harbour-Grace auf Neufundland wegen Benzinmangels notgelandet. Die Flieger irrten vor der Landung in Harbour-Grace drei Stunden im Nebel herum. Sie beabsichtigen nach Füllung des Benzintanks sofort nach New York weiterzufliegen.

SPD. Magdeburg, 25. Juni (Eig. Drahtb.)

Den Höhepunkt der Beratungen des Magdeburger Verbandstages des Zentralverbandes der Schuhmacher brachte am Mittwoch ein Vortrag des Reichsarbeitsministers a. D. Wissell über den Kampf um die Erhaltung und den Ausbau der Sozialgesetze. Er zeigte, wie einst der Frühkapitalismus Raubbau trieb mit der Arbeitskraft, wie er Kinder ausbeutete, Schwangere bis zum Tage der Entbindung in sein Joch presste und die Opfer der Arbeit unbekümmert umkommen liess, wie mit der Zusammenballung der Industrie das Proletariat soziale Rechte forderte und so eine Sozialversicherung mit Fürsorgecharakter allmählich ihren Anfang nahm.

Erst im neuen Staat, so führte Wissell weiter aus, erst mit der Weimarer Verfassung verwandelte sich diese Fürsorge von oben in soziales Recht. "Die Sozialversicherung muss sich weit über die der Vorkriegszeit entwickeln. Wir verteidigen sie aufs äusserste. Wir sagen: Hände weg von der Sozialpolitik!" Vorübergehend mag es möglich sein, dass die herrschenden Gewalten hier und da Hand an die Sozialversicherung legen. Aber die Zeit selbst arbeitet für das Vordringen der Sozialversicherung. Dort, wo kein Eigentum besteht, sichert sie dem Arbeiter die Existenzmöglichkeit. Ernsten Zeiten gehen wir entgegen. Die Arbeiter haben den Kampf nicht heraufbeschworen, aber wenn er unvermeidlich ist, scheuen sie ihn nicht. Wenn die Millionen sich einig sind, stellen sie eine unüberwindliche Macht dar und werden die Sieger in diesem Kampfe sein. Mit dem Aufruf zur Einigung schloss Rudolf Wissell unter stürmischem Beifall seinen Vortrag.

Im Anschluss daran wurde fast einstimmig eine Entschliessung angenommen.

die gegen die geplanten Verschlechterungen des Gesetzes über die Arbeitslosenversicherung protestiert und die Verbindlichkeitserklärung des Schiedsspruches von Oeynhausen als einseitige Parteinahme für das Unternehmertum bezeichnet. In einer weiteren einstimmig angenommenen Entschliessung fordert der Verbandstag die unverzügliche Einführung des Siebensturentages oder der Fünftageweche eventuell durch Notgesetz. Zur Verschmelzungsfrage wurde ein vom Vorstand eingebrachter Antrag angenommen, der verlangt, dass in der Urabstimmung mindestens die Halfte der Mitglieder für den Zusammenschluss stimmen müsse. Ferner beschloss der Verbandstag fast einstimmig, dass im Verbandsorgan nur sozialdemokratische Wahlaufufe veröffentlicht werden dürfen.

SPD. London, 25. Juni (Eig. Drahtb.)

Die am Mittwoch auf Neufundland gelandeten Flieger des Flugzeugs "Southern Cross" hoffen, am Donnerstag nach New York weiterfliegen zu können. Der fehlende Betriebsstoff ist bereits unterwegs. Der Vater des am Fluge beteiligten Kapitän Saul ist so schwer erkrankt, dass stündlich mit seinem Tode gerechnet werden kann.

SPD. Köln, 25. Juni (Eig. Drahtb.)

Der kommunistische Stadtverordnete und Redakteur der Kölner kommunistischen Zeitung Peter Stahl wurde vom Schöffengericht wegen Beleidigung von Wohlfahrtsbeamten zu 6 Wochen Gefängnis verurteilt.

Stahl hatte in einem Artikel behauptet, dass ein Wohlfahrtsempfänger statt Unterstützung Hiebe mit dem Stuhl über den Kopf bekommen habe. Acht Wohlfahrtsbeamte seien hinter verschlossener Tür über ihn hergefallen und hätten ihn halbtot geschlagen. In der Gerichtsverhandlung stellte sich die völlige Unwahrheit dieser Darstellung heraus. In Wirklichkeit hatte der Wohlfahrtsempfänger, der durch eigenes Versehen seine Unterstützung 2 Tage zu spät erhielt, eine städtische Fürsorgerin beschimpft, einen Oberstadtsekretär mit einem Stuhl misshandelt und versucht, ihn durch das Fenster auf die Strasse zu werfen. Schliesslich warf er in dem Büro alles durcheinander. Der Wohlfahrtsempfänger wurde als Urheber des Artikels zu 10 Monaten Gefängnis verurteilt.

SPD. London, 25. Juni (Eig. Drahtb.)

Der erste Lord der Admiralität hat dem Unterhaus am Mittwoch ein neues Schiffsbauprogramm in Höhe von 9 Millionen Pfund vorgelegt. Unter den angeforderten Schiffen befinden sich u.a. drei Kreuzer von je 6500 to, 8 Zerstörerboote und 3 Unterseeboote. Innerhalb der Arbeiterpartei herrscht gegen das neue Programm grosser Unwille. Zahlreiche Abgeordnete der Labour-Party haben der Regierung bereits eine Petition unterbreitet, in der gebeten wird, alle Kriegsschiff-Neubauten einzustellen.

Ein Vertreter des "Daily Herald" hatte am Mittwoch eine Unterredung mit dem Chef der Admiralität. Der Berichterstatter fragte, ob die neuen Bauten nicht provokatorisch auf andere Länder wirken müssten. Der Chef der Admiralität erwiderte, es handle sich bei der Forderung lediglich um den Ersatz veralteter Schiffe, keineswegs um eine Flottenvermehrung. Im Gegensatz zu England hätten Italien und Frankreich ein grosses Programm zur Erhöhung ihrer neuen Streitkräfte aufgelegt.

SPD. London, 25. Juni (Eig. Drabtber.)

Die konservative Parteikonferenz endete mit einem grossen persönlichen Triumph Baldwins gegen seine Hauptgegner, die beiden Zeitungsmagnaten Lord Rothermeer und Lord Beaverbrook. Sachlich hat sich jedoch an dem Streit innerhalb der Konservativen Partei nichts geändert. Es bleibt das Ringen zwischen den wirtschaftlichen Interessengruppen. Die zum Schluss der Tagung einstimmig angenommene Vermittlungs-Resolution war der Kleister, mit dem um der Einheit der Partei willen der Riss einstweilen übertüncht worden ist.

Rothermeer und Beaverbrook sind Zeitungsmagnaten. Sie verfügen über einen gewaltigen Presseapparat, den sie in der unsaubersten Weise gegen Baldwin benutzt haben, und wenn deshalb der konservative Führer Baldwin mit grosser Geschicklichkeit den häufigen Gesinnungswechsel seiner Widersacher illustrierte, zeigte dies drastisch, wie wenig es den beiden Lords um Parteiprinzipien geht. Die Sache ist ihnen nur Mittel zum Zweck, und der ist: die Beseitigung Baldwins. Das würde bedeuten, dass ein Rothermeer an die Stelle Baldwins rücken und bei einem kommenden konservativen Wahlsieg Ministerpräsident werden würde. Das war das Hauptargument in Baldwins ausgezeichnete Verteidigung, wobei er sehr klug die Stimmung und Abneigung innerhalb der Konservativen Partei gegen die sogenannten "Neureichen" benutzte. Zugleich spielte Baldwin auf jenem Instrument, das stets die englische Volksseele zu rühren weiss: Demokratie gegen Diktatur! "Ich werde den Bluff beim Namen nennen!" rief der konservative Führer, und die Abrechnung, die er dann mit den Zeitungsmagnaten und Diktatoren der öffentlichen Meinung hielt, verdient weiter über England hinaus beachtet zu werden. "Nichts ist auffälliger in der neuzeitlichen Gesellschaftsentwicklung, als ungeheure und schnell erworbene Vermögen und deren Einfluss auf die von diesen Leuten erworbenen Zeitungen. Hurst in Amerika, Rothermeer und Beaverbrook in England sind die Hauptträger dieser Entwicklung. Dieses Geld und diese Macht sind den Herren wie Wein in die Köpfe gestiegen und sie versuchen, ihre auf journalistischem Gebiet errungene Macht auch ausserhalb desselben geltend zu machen, um zu diktieren, zu herrschen, zu erpressen, Führer zu bestimmen und Minister einzusetzen. Hiergegen hat sich die Partei zu wehren; sie muss diesem Spiel ein schnelles Ende bereiten. In diesem Kampf gibt es keine Frau und keinen Mann, welcher Partei sie auch angehören mögen, die nicht mit uns dergleichen Ansicht sind. Der Fehdehandschuh ist uns hingeworfen worden; wir ziehen ebenfalls die Handschuhe aus, und wir werden sehen, wer die schmutzigen Hände hat. Gegen die Diktatur solcher Leute werde ich im Interesse des gesamten Landes kämpfen bis zum bitteren Ende!"

Diese Worte und der Kampf Baldwins gegen die Zeitungskönige finden am Mittwoch in der gesamten, von ihnen unabhängigen englischen Presse den grössten Beifall und bedingungslose Unterstützung. Im Interesse der Reinlichkeit des politischen Lebens ist der persönliche grosse Erfolg Baldwins ein Sieg, der der gesamten englischen Politik zugute kommt und zugleich anderen Ländern ein Beispiel sein sollte.

SPD. Amtlich wird mitgeteilt: Auf Beschluss des Preussischen Staatsministeriums sind am 1. Juli d. J. aus Anlass der Befreiung der rheinischen Lande die staatlichen und kommunalen Dienstgebäude, die Gebäude der übrigen Körperschaften des öffentlichen Rechts sowie die Gebäude der öffentlichen Schulen zu be-
flaggen.

SPD. Stuttgart, 25. Juni (Eig. Drahtb.)

In der Druckerei des Stuttgarter Kommunistenblattes sind Differenzen ausgebrochen, die am letzten Freitag fast zum Streik und zur Stilllegung des Betriebes geführt hätten.

Die Geschäftsleitung der Druckerei hatte von den 5 Mitgliedern des Betriebsrates 3 fristlos entlassen, weil sie angeblich unangemeldet eine Betriebsratssitzung, die nur einige Minuten dauerte, abgehalten haben sollen. Tatsächlich war die Sitzung jedoch dem zweiten Geschäftsführer angezeigt worden. Die Mehrheit des Personals beschloss deshalb die Arbeit niederzulegen. In ihrer Not wandte sich die Geschäftsleitung an die "sozialfaschistischen Gewerkschaftsbonzen". Ihnen gelang es den Streik zu verhüten, ohne dass die Differenzen jedoch bis heute beigelegt worden wären. Die kommunistische Parteileitung weigert sich, die Betriebsratsmitglieder wieder einzustellen. Dieses Verhalten dürfte darin zu suchen sein, dass in dem kommunistischen Betrieb auch sogenannte "Renegaten" tätig sind - darunter die drei Betriebsratsmitglieder - die beiseitigt werden sollen.

Die gemassregelten Betriebsratsmitglieder haben das Arbeitsgericht angerufen.

SPD. Bern, 25. Juni (Eig. Drahtb.)

Im schweizerischen Nationalrat, der sich sonst durch Ruhe und Friedfertigkeit auszeichnet, kam es am Mittwoch zu einem in der Geschichte des Schweizer Parlaments bisher nicht erlebten Zwischenfall.

In der Debatte über den Regierungsbericht über die zehnte Völkerbundsversammlung erklärte der Tessiner katholisch-konservative Nationalrat Dollfus, dass Anhänger Sowjetrusslands in den Handel mit Rauschgiften verwickelt seien, den der Völkerbund einzudämmen bestrebt sei. Der Kommunist Bringolf antwortete mit dem Ruf: Lügner!, worauf sich die beiden Gegner mit Ohrfeigen traktierten. Den ersten Schlag soll Dollfus geführt haben. Nach einer erregten Szene erklärte der sozialdemokratische Präsident des Nationalrates Graber die Sitzung für geschlossen. In einer neuen Sitzung wurden Dollfus und Bringolf zur Ordnung gerufen.

Mit grosser Mehrheit wurde zum Schluss der Sitzung ein Ordensverbot beschlossen, das Mitgliedern aller eidgenössischen und kantonalen Behörden, schweizerischen Diplomaten sowie Angehörigen des Militärs die Annahme fremder Orden untersagt. Zuwiderhandelnde werde ihres Amtes enthoben.

SPD. Dresden, 25. Juni (Eig. Drahtb.)

Der frühere Altsozialist und jetzige Nationalsozialist Mossakowski-Berlin wurde vom Dresdner Gemeinsamen Schöffengericht wegen Aufforderung zur Körperverletzung zu der ungewöhnlich mässigen Strafe von 50 Mark verurteilt. Mossakowski hatte am 29. Januar in einer öffentlichen Versammlung, die von der Dresdner nationalsozialistischen Studentengruppe einberufen worden war, die Worte gebraucht: "Wir sind der Auffassung, dass man einen solchen Juden wie Tucholski einmal auf offener Strasse gründlich massiert, sodass er wochenlang nicht schreiben kann. Denjenigen Staatsanwalt möchte ich sehen, der gegen uns deshalb wegen Aufforderung zu Gewalttätigkeiten vorgehen wollte."

Der Staatsanwalt hat sich zwar gefunden, er forderte gegen Mossakowski jedoch nur 75 Mark Strafe. Das Gericht zeigte sich dann noch milder.

SPD. Die Weltkraftkonferenz hielt am Mittwoch ihre Schlusssitzung ab. In einem zusammenfassenden Referat betonte Dipl. Ing. zur Nedden, die Konferenz habe gezeigt, dass eine Verbilligung der Energie durch Herabsetzung der Kosten für Erzeugung und für Verteilung, durch technische und organisatorische Mittel und durch die Erhöhung der Benutzungsdauer zu erreichen sei. Weiter habe die Konferenz erwiesen, dass die Versorgung der Welt mit Maschinenkraft, mit Licht und Wärme im Endeffekt zur Verminderung der Arbeitslosigkeit führen müsse, weil die Energieversorgung jene Verfahren vermehre, durch die Rohstoffe in Fertigwaren umgewandelt werden. Anschliessend an das Referat zur Neddens sprachen die Vertreter der verschiedenen Länder den Veranstaltern und Deutschland ihren Dank aus.

Vorher beschäftigte sich die Konferenz mit der Frage der zentralen Beheizung ganzer Stadtviertel von einem Fernheizwerk aus. Die Technik hat das Problem durch Kombination von Heit- und Kraftwerken gelöst. Allerdings haben die Heizkraftwerke zum grossen Teil, auch in Deutschland, zu Enttäuschungen geführt. Voraussetzung für ein Funktionieren dieser Kombination sei eine bestimmte Absatzdichte, d.h. die Erfassung von genügend benachbarten Häusern mit Zentralheizung, und die Garantie für eine Stromlieferung von zeitlich genau vorher bestimmter Höhe. Diese Bedingungen seien bis jetzt nur unvollkommen erfüllt. Die Zukunft des Fernheizwerkes werde also bei den Neubauten liegen, wo man die Verhältnisse von vornherein übersehen kann.

Viel Aufsehen erregten die Ausführungen des sowjetrussischen Vertreters, der darauf verwies, dass die Lösung der Fernheizfrage nur durch staatliche Regelung erfolgen könne, und zwar müsse diese Regelung in einer Angleichung der Belastungskurve des Heizwerkes und des Kraftwerkes bestehen. Im weiteren Verlauf wurde betont, dass gerade Deutschland sehr bedeutende Kraftquellen nicht genügend ausnütze. Man könne, wenn man die Quellen richtig verwerte, Ueberschussenergien in Höhe von 5 Milliarden Kilowattstunden pro Jahr gewinnen.

SPD. Canada, 25. Juni (Eig. Drahtb.)

Die kanadischen Getreide-Exportpreise sind um einen Dollar gefallen. Die Folge ist, dass zahlreiche Banken in Zahlungsschwierigkeiten geraten sind. Die kanadische Regierung beabsichtigt eine grosse Unterstützungsaktion für die zahlungsfähig gewordenen Finanzinstitutionen.

SPD. Wien, 25. Juni (Eig. Drahtb.)

Der Bundeskanzler hatte am Mittwoch wiederum eine Besprechung mit den Führern der Heimwehr über die Ausweisung des Major Pabst. Amtlich verlautet über das Ergebnis der Besprechung nichts. Es heisst jedoch, dass der Bundeskanzler es abgelehnt hat, dem ausgewiesenen Putschisten die Rückkehr nach Oesterreich zu gestatten. Er soll dagegen für Pabst einen kurzen Aufenthalt zur Regelung privater Angelegenheiten in Aussicht gestellt haben, sobald die Affäre nicht mehr aktuell sei. Es müssten jedoch Garantien geboten werden, dass Kundgebungen aller Art unterbleiben und Pabst sich während seines Aufenthaltes in Innsbruck politisch nicht betätige.

SPD. Die Reichstagsfraktion der Wirtschaftspartei beschloss am Mittwoch von der Reichsregierung eine stärkere Ersparnis an den einzelnen Etats, als sie bisher vorgesehen war, zu fordern. Sie verlangt ferner eine Herabsetzung der Beamtengehälter, wobei sie den Weg der unverschleierte Gehaltskürzung dem eines sogenannten Notopfers vorziehen würde. Die gleiche Gehaltskürzung soll durch Reichsgesetz auch für die Beamten der Länder und Gemeinden vorgeschrieben werden. Die Zuweisungen an die Länder sollen entsprechend gekürzt werden. Eine Verzehrsteuer lehnt die Wirtschaftspartei ab, dagegen fordert sie für die Gemeinden entweder eine Kopfsteuer oder die Besteuerung der öffentlichen Betriebe. Bei Bewilligung ihrer Forderungen will die Wirtschaftspartei einem mässigen Zuschlag zur Einkommensteuer in den höheren Steuerstufen zustimmen.

Die Fraktion der Wirtschaftspartei hat der Reichsregierung ihre Forderungen am Mittwoch schriftlich unterbreitet.

+ + +

Die Reichstagsfraktion der Deutschen Volkspartei beschäftigte sich am Mittwoch nochmals mit dem Deckungsprogramm, wie es sich auf Grund der Verhandlungen mit dem Minister Dietrich voraussichtlich gestalten soll. Die Fraktion hielt an ihren Beschlüssen und an den Forderungen, die sie dem Kabinett bereit übermittelt hat, fest.

(Schluss des politischen Teils. - Auf Wiederhören

Donnerstag-Vormittag 7 Uhr auf Welle 2850)

Reichstagsstimmungsbild.

SPD. Berlin, 25. Juni (Eig. Bericht)

Im Reichstag wurde am Mittwoch noch mehrer Stunden über den Haushalt des Ernährungs- und Landwirtschaftsministers und über die Osthilfe debattiert.

Der sozialdemokratische Abgeordnete Passehl-Pommern trat für die Interessen der Kleinfischer ein. Er wandte sich gegen den deutschnationalen Antrag auf Erhöhung des Zolles für Salzheringe, erklärte sich jedoch für die Erhöhung der Fangprämien. - Der kommunistische Abgeordnete Putz beklagte, dass die Industrie nur landwirtschaftliche Maschinen für den Grossgrundbesitz baue, nicht aber auch Maschinen, die für den Bauern brauchbar sind. - Für die Sozialdemokratie sprach noch der Abg. Krätzig. Er musste sich insbesondere mit den Verleumdungen gegen die Konsumvereine herumschlagen. So war wieder behauptet worden, die Konsumgenossenschaften bezögen Butter aus dem Auslande statt die deutsche Landwirtschaft zu unterstützen. Krätzig stellte fest, dass die GEG vor 2 Jahren bei dem Holsteiner Molkereiverband auf Anfrage die Antwort erhalten habe, dass der Hamburger Konsumverein seinen Butterbedarf vielleicht im Sommer, keinesfalls aber im Winter aus Holstein erhalten könne. Wenn die deutsche Landwirtschaft nicht so leistungsfähig sei wie die holländische und dänische, so habe sie selbst die Folgerung daraus zu ziehen. Der Wirtschaftsparteiler Bäckermeister Drewitz setzte die Hetze gegen die Konsumvereine fort. Er konnte zwar nicht bestreiten, dass die Konsumvereine billigeres Brot liefern als die Privatbäckerei, aber er behauptete beweislos, das sei nur durch schlechtere Qualität möglich.

Im Verlauf der Abstimmungen wurden 2 sozialdemokratische Entschliessungen zur Behebung der grossen Notlage der Küstenfischer angenommen. Ausserdem beschloss der Reichstag, die Reichsregierung zu ersuchen, einen Gesetzentwurf vorzulegen, der bestimmt, dass alle Anstalten und Unternehmungen des Staates, (einschliesslich Reichswehr und Marine), der Länder und Gemeinden verpflichtet werden, ihren Bedarf an Getreide, Mehlprodukten, Hülsenfrüchten, Kartoffeln, Fleisch, Milch und Molkereiprodukten, Gemüse, Obst und Wein im Inlande zu decken. Das Osthilfegesetz, das Milchgesetz und das Weingesetz, ebenso der sozialdemokratische Antrag auf Aufhebung des Vermahlungszwanges für Inlandweizen wurde dem volkswirtschaftlichen Ausschuss zur Weiterberatung überwiesen.

Anschliessend trat das Haus in die Beratung des Haushaltes für das Reichsministerium des Aeussern ein. In der Diplomatenloge war sowohl während des Vortrages des Reichsaussenministers wie während der Debatte niemand anwesend. Die ausländischen Vertretungen scheinen dieser Aussprache eine geringere Bedeutung zuzumessen als zu Zeiten Stresemanns. Der Reichsaussenminister Dr. Curtius rügte, dass sein Haushalt um insgesamt 4,5 v.H. niedriger angesetzt ist als im Vorjahre. Er verteidigte sein Amt energisch gegen den Vorwurf der Verschwendung. Die deutschen Auslandsvertretungen seien knapp so stark besetzt wie die italienischen, jedenfalls geringer als die französischen und die englischen. Nach einem Danke an die Rheinländer, an die Saarbevölkerung und unter allgemeinen Beifall auch nach einer Huldigung an die Verdienste Stresemanns ging Dr. Curtius die Aussenbeziehungen durch. Er setzte sich für eine Weiterentwicklung des Völkerbundes ein. Noch bietet dieser nicht genug Rechtsgarantien. Seine Hauptaufgabengebiete: Abrüstung und Minderheitenschutz seien zu wenig ausgebaut und die Kritik sei nur zu berechtigt. Der Sowjetunion sagte der Minister, dass bei so verschiedenen Staatssystemen ein gutes Verhältnis nur möglich sei, wenn gegenseitig Rücksichten genommen werden. Eine aktive Beeinflussung der Gegensätze dieser Politik müsse unterbleiben. Er stelle mit Befriedigung fest, dass auch die Sowjetunion gewillt sei, nach diesen Grundsätzen zu arbeiten. Die Brücke nach dem Osten dürfte nicht abgebrochen werden. Die Grenzzwischenfälle mit Polen bedauerte der Minister. Es seien keine deutschen Provokationen vorgekommen. Man müsse Zurückhaltung auch von der Gegenseite erwarten, damit keine ernstlichen Störungen vorkämen.

Der sozialdemokratische Abgeordnete Dr. Breitscheid griff die Bemerkung-

en des Ministers über Russland auf. Auch die Sozialdemokratie wolle die besten wirtschaftlichen Beziehungen mit Sowjet-Russland, ja, deren Erweiterung und Vertiefung, aber was hülfe uns alle Verträge über Meistbegünstigung mit Russland, wenn die russische Regierung die besten Aufträge aus politischen Gründen an andere Länder gebe. Auf deutscher Seite sei keine böswillige Zurückhaltung gegenüber Russland. Keinesfalls aber dürften wir uns auf politisch-militärische Spekulationen zwischen Reichswehr und Roter Armee einlassen. Mit Nachdruck und unter stürmischer Zustimmung der sozialdemokratischen Fraktion erklärte Breitscheid, dass er hier beim Aussenrat wiederhole, was schon beim Reichswehretat gesagt worden sei. Der Aussenminister müsse die Beziehungen zwischen Reichswehr und Roter Armee einer starken Kontrolle unterziehen. Die Kommunisten, die ja gelegentlich des Reichswehretats einen Scheinkampf gegen die deutschen militärischen Freunde Sowjetrusslands führten, nahmen die Erklärungen Breitscheids mit Schweigen auf. Der sozialdemokratische Redner wandte sich dann dagegen, dass russische Behörden die deutsche Aussenpolitik zu beeinflussen suchten und mit russischem Geld im Innern Deutschlands gearbeitet werde. Boshaft sagte Breitscheid, leider sei die Sozialdemokratie ja nicht in der Lage, sich selbst über die Zustände in Russland zu informieren. Der deutschnationale Abgeordnete Professor Hetzsch z.B. werde in Moskau freudig begrüßt, die Sozialdemokratie sei von solchen Reisen ausgeschlossen. Breitscheid verlangte politische Zurückhaltung auch gegenüber Italien, insbesondere jetzt, bei den gespannten Beziehungen zwischen Frankreich und dem Königreich Italien. Deutschland dürfe keine stärkere Anlehnung an Italien betreiben. Es sei für Deutschland nichts verhängnisvoller, als wenn es glaube, gegen Frankreich für Italien Stellung nehmen zu sollen. Schliesslich, so fuhr Breitscheid fort, gibt es ja auch noch so etwas wie eine Ethik demokratisch-republikanischer Aussenpolitik gegenüber Staaten, die eine ähnliche politische Kultur haben wie Deutschland. Hier rief ein nationalsozialistischer Rüpel: "Was kriegst Du dafür, dass Du so redest?" Breitscheid antwortete verachtungsvoll: "Dieser Zwischenruf kennzeichnet nur Ihre eigene Selbsteinschätzung". Zu den politischen Grenzzwischenfällen sagte der sozialdemokratische Abgeordnete, dass im ersten Fall doch so etwas wie deutsche Provokation vor gelegen habe. So etwas müsse auf beiden Seiten vermieden werden. Wenn es trotz der schweren Zwischenfälle zu keinerlei ernstern Konflikten gekommen sei, so beweise das immerhin, wie sehr der Wille zum friedlichen Ausgleich nach dem Kriege gewachsen sei. Breitscheid verlangte dann, dass die sogenannte Repräsentation auch im Auslande der Armut des deutschen Volkes entsprechen solle. Der sozialdemokratische Redner schloss mit einer Sympathieumgebung für Briands Paneuropa. Er bedauerte allerdings, dass in Briands Memorandum die wirtschaftlichen Fragen nicht genügend berücksichtigt seien. In dem von Briand angestrebten Bund sei eine volle Souveränität der Staaten unmöglich. Man solle überhaupt weniger von Souveränität und mehr von der Gleichberechtigung der europäischen Staaten reden. Die Sozialdemokratie werde ihre Friedenspolitik fortsetzen. Allerdings gehört zurzeit in Deutschland mehr Mut, für den Frieden zu sprechen, als für die Gewalt. Lustig sei, sagte Breitscheid gegenüber den Nationalsozialisten, dass gerade diejenigen, die am meisten von der Gewalt redeten, sich während des Weltkrieges, als sie Gelegenheit zur Gewalt gehabt hätten, sich vor der Gewaltanwendung drückten. Manche davon hätten während des Weltkrieges den Feind so gehasst, dass sie nicht einmal seinen Anblick ertragen konnten. Die Sozialdemokratie danke ihrem Fraktionsführer für die glänzende Rede durch stürmischen Beifall.

Der deutschnationale Abgeordnete Freytag von Lorringshöfen sagte, der auswärtige Etat Deutschlands sei um 75 v.H. höher als der französische. Die Paneuropapläne Frankreichs sollten nur das System von Versailles befestigen. Dem gegenüber begrüßte der Zentrumsabgeordnete Ulltzka das Paneuropamemorandum Briands. Misstrauisch mache allerdings das stetige Betonen des Sicherheitsgedankens für Frankreich. Der christlich-nationale Abgeordnete Mumm predigte gegen die Leiden und Nöte der Christen in Russland, was zu erregten Zwischenrufen der Kommunisten führte. Weiterberatung Donnerstag.

Landtags-Stimmungsbild.

SPD. Berlin, den 25. Juni & Eig. Ber.)

Die Entscheidungsschlacht um den Etat und die Steuern ist am Mittwoch im Preussischen Landtag geschlagen und von den Regierungsparteien gewonnen worden. Der Etat wurde mit 230 Ja gegen 8 Nein-Stimmen angenommen.

Vor Pfingsten hatten die Nationalsozialisten und Kommunisten, Deutschnationale, Deutsche Volksparteiler und Wirtschaftsparteiler in trauter Koalition gemeinsame Obstruktion gegen den Staatshaushalt getrieben und verhindert, dass ein beschlussfähiges Haus zusammenkam. Ihre Taktik stützte sich auf die Tatsache, dass die Regierungsparteien im Preussischen Landtag nur über 230 von 450 Abgeordneten verfügen und dass zur Beschlussfähigkeit 226 Abgeordnete gehören. Natürlich ist es furchtbar schwer, dass von 230 Abgeordneten mindestens 226 zu einer bestimmten Abstimmung im Landtag anwesens sind.

Aber die Regierungsparteien hatten sich vorgenommen, trotz aller Schwierigkeit diese Abstimmung durchzusetzen, und es ist gelungen. Bei den gesamten Regierungsparteien fehlten heute von 230 Landtagsabgeordneten nicht mehr als die entbehrlichen vier. Und zwar zufälligerweise alle vier beim Zentrum: die alten Abgeordneten Gottwald und Dr. Porsch sind seit langem schwer krank, und zwei jüngere Zentrumsabgeordnete haben wegen akuter Erkrankungen das Krankenhaus aufsuchen müssen; sie waren beim besten Willen nicht herbeizuschaffen. Aber von den 21 demokratischen Abgeordneten waren 21 zur Stelle, und von den 138 Sozialdemokraten waren auch 138 da. Natürlich ist es Zufall und Glück, dass gerade an diesem Tage kein einziger der 138 Sozialdemokraten krank gewesen ist. Natürlich ist es auch ein Beweis, starken Willens und strengster Pflichterfüllung, dass alle zur Stelle waren. Auch die sozialdemokratischen Abgeordneten, die seit langem Krankheitsurlaub hatten, die teilweise in weit entfernten Orten Kuren machen mussten, waren pünktlich herbeigeeilt. So verfügte die Koalition am Mittwoch in der entscheidenden Abstimmung aus eigener Kraft über 226 Stimmen, und nun konnte sie auf die Obstruktion pfeifen.

In der Tat erhielt der Etat 230 Ja-Stimmen und 8 Nein-Stimmen; es waren also 238 Stimmen abgegeben, 12 mehr als die zur Beschlussfähigkeit notwendige Zahl. Diese zwölf überschüssigen Stimmen stammten, soweit sie mit Ja abgegeben waren, vom Treviranus-Flügel der Deutschnationalen; die acht Nein-Stimmen von den Aufwertlern (Graf Posadowsky und Pohl) und den Welfen. Es ist immerhin erfreulich, dass sich im bürgerlichen Lager noch vereinzelt Menschen gefunden haben, die den staatsfeindlichen Akt der Etat-Obstruktion nicht mitgemacht haben. Aber notwendig war diese Hilfe nicht: die Regierungsparteien hatten allein die zur Annahme des Etats notwendige beschlussfähige Zahl gestellt.

Die Obstruktion ist nicht nur gebrochen worden, sondern die Parteien, die sie getrieben haben, sind auch bis auf die Knochen blamiert. Nationalsozialisten und Kommunisten mag man einiges Verständnis entgegenbringen, wenn sie gemeinsam den Staatshaushalt und seine Verabschiedung zu vereiteln suchen. Sie markieren zwar wechselseitige Todfeindschaft; aber jeder Unterrichtete weiss, dass sie dauernd heinliche Verbündete gegen den republikanischen Staat sind. Die Wirtschaftsparteiler haben sich dieser Obstruktion angeschlossen, weil der bornierte Eigenmutz engster Krämerinteressen, den sie vertreten, vor keiner Schädigung der Allgemeinheit zurückschreckt, wenn nur ihre private Gewinnsucht auf ihre Rechnung kommt. Die Deutschnationalen in Hugenbergs Geist haben den Beweis erbracht, dass sie den letzten Rest konservativer Staatsgesinnung verloren haben. Ihr giftiger Hass gegen die sichere sozialdemokratische Führung in Preussen und ihre wilde Gier nach der Macht im alten konservativen Stammland liessen sie Mass und Ziel vergessen und blindlings nicht gegen eine Regierung, sondern gegen den Staat an sich wüten.

Aber alle diese Staatsfeinde wurden geführt von der Deutschen Volkspartei.

Die Partei Stresemanns, kaum ein Jahr nach seinem Tod, obstruiert den Etat der Republik! Die Partei Moldenhauers - Verzeihung! - wehrt sich auch mit unerlaubten Mitteln gegen einen geordneten Staatshaushalt. Eine Partei, die noch immer mit einem Minister in der Reichsregierung vertreten ist, eine Partei, die sich vor ein paar Wochen Staatspartei nennen und als Partei aller verantwortungsbewussten Staatsbürger neu gründen wollte, tritt alle staatlichen Interessen mit Füßen, spricht allem politischen Verantwortungsbewusstsein und allem Sinn für staatliche Ordnung geradezu Hohn. Würste man nicht, dass die Deutsche Volkspartei in einem Zustand gänzlicher geistiger Verwirrung ist - diese Etat-Obstruktion würde jahrelang im Mittelpunkt der politischen Betrachtungen stehen bleiben.

Die Regierungsparteien in Preussen waren es sich schuldig, der Welt zu zeigen, dass auch das gewalttätige Mittel künstlicher Beschlussunfähigkeit des Parlaments sie nicht an der Etatserledigung hindert. Aber eigentlich ist es ein wenig schade, dass die Annahme des Etats am Mittwoch erfolgt ist. Wäre sie misslungen, so hätte Ministerpräsident Braun am Donnerstag den Preussischen Landtag aufgelöst, und nach den Neuwahlen hätten Deutschnationalen und Deutsche Volkspartei ihre Knochen zusammensuchen können. Wir haben sie - wider Willen, aber aus staatlicher Notwendigkeit - vor der denkbar schwersten Wahlniederlage gerettet. Aber rächen wird sich an der Deutschen Volkspartei ihre Verblendung und Gewissenlosigkeit trotzdem.

Es ist nicht anzunehmen, dass die Opposition in Preussen sobald wieder den Mut zu einem neuen Vorstoss findet. Was haben sie denn erreicht? Der Preussische Etat ist mit 230 gegen 8 Stimmen angenommen worden. Nicht mehr als acht Abgeordnete unter den 450 des Preussischen Landtages haben es gewagt, gegen den Etat dieser Regierung zu stimmen. Selbst Kommunisten und Nationalsozialisten haben diesmal den Etat nicht abgelehnt, sondern sich nur der Stimme enthalten. Wenn das nur nicht eine Abweichung von der Linie ist! Wenn da nur nicht von Moskau oder vom grossen Adolf in München ein böses Donnerwetter nachkommt!

Jedenfalls hat die preussische Regierungskoalition den Gegnern ihre Stärke und Geschlossenheit vorbildlich vor Augen geführt. Die Sozialdemokratische Fraktion hat einen beinahe schon physisch unmöglichen Beweis der Aufopferungsfähigkeit geliefert und darf künftigen Attacken der Reaktion von rechts und links mit doppelter Zuversicht entgegensehen.

Der Landtag dürfte am Donnerstag und Freitag noch die Beratung des Finanzausgleichs zwischen Staat und Gemeinden für das Jahr 1930 und einiger dringender Wirtschaftsarbeiten - neue Staatsaufträge zur Beladung des Arbeitsmarkts - vornehmen und dann in Sommerferien gehen.

„Aus aller Welt“

Die Blutrache des Polizeibeamten.

Die Tragödie des Väterrächers vor dem Kasseler Schwurgericht.

SPD, Kassel, 25. Juni (Eig. Drahtber.)

Sommerlich verschlafen liegt die ehemalige hessische "Residenzstadt" da, es ist eine stille, nicht allzu aktive Stadt, in der die Pensionäre noch immer ein gewichtiges Wort mitzureden haben. Im äussersten Gürtel der menschenüberfüllten Altstadt liegt das Justizgebäude, ein wuchtiger, wenig freundlicher Steinkasten, mit halbdunklen Zimmern und viel Muffigkeit auf den Gängen.

Die Schlacht von Niedermöllrich.

Seit Tagen kennt Kassel keine andere Sensation als den interessanten Prozess des Polizeiwachtmeisters Wilhelm Wille aus Frankfurt a. M., der am 9. Januar 1930 den Weissbinder Johannes Claus aus Niedermöllrich bei Fritzlar mit seinem Dienstrevolver erschossen hat. Die Tat des Polizisten Wille hängt aufs engste zusammen mit jener denkwürdigen Strassenschlacht gegen den Landwirt Heinrich Claus, die zum Einsatz eines Panzerwagens der Kasseler Schutzpolizei und zu einem wilden Gefecht mit Handgranaten und Maschinengewehren geführt hat. In einem Tobsuchtsanfall hatte Heinrich Claus Vater und Mutter mit dem Tode bedroht und auf den Oberlandjäger Wille und seinen Sohn, die den Streit schlichten wollten, mit einem Karabiner geschossen. Drei Schüsse in Kopf und Herz verletzten den Oberlandjäger tödlich. Wilhelm, der Sohn, schleppte den blutüberströmten Vater in eine Seitengasse und brach dann selbst ohnmächtig zusammen. Der rasende Heinrich Claus verbarrikadierte sich inzwischen in der Wohnung und konnte erst nach vielstündigem Kampf, in dessen Verlauf die Kasseler Schutzpolizei mit Panzerwagen und Handgranatenbündeln vorging, überwältigt werden. Wilhelm Wille kam später zur Frankfurter Schutzpolizei, aber der unauslöschliche Hass, der sich nach der Schreckensnacht in dem Sohn des erschossenen Oberlandjägers festgesetzt hatte, liess ihn nicht zur Ruhe kommen. Eines Tages verliess er Frankfurt ohne Urlaub, fuhr nach Niedermöllrich und drang in das Haus des Weissbinders Johannes Claus, des Vaters jenes verhängnisvollen Schützen aus dem Niedermöllricher Strassenkampf vom 23. September 1929 ein. Als ihm der nichtsahnende Weissbinder entgegentrat, zog er mit den Worten: "Jetzt rechnen wir ab!" seinen Dienstrevolver und schoss den Mann nieder. Claus, von mehreren Schüssen getroffen, sank tot zusammen. Jetzt steht der Sohn des Oberwachtmeisters Wille, nach vielen Jahren der erste wegen Blutrache Angeklagte, unter der Anklage "vorsätzlicher Tötung" vor dem Kasseler Schwurgericht. Den Vorsitz führt Landgerichtsdirektor Bachmann, die Anklage vertritt der erste Staatsanwalt Ludwig.

Der Angeklagte und sein Hass.

Auf der Strasse, auf dem Gang zum Zuhörerraum stehen Hunderte und Aberhunderte, die der Verhandlung beiwohnen wollen. Als die Türen geöffnet werden, setzt ein Sturm auf die Zuhörerbenke ein. Im Nu ist der Saal gefüllt, zahllose, die nachdrängen, müssen von den Beamten mit Gewalt wieder aus dem Verhandlungssaal gebracht werden. Auch die auswärtige Presse ist zahlreich erschienen. Vor dem Eingang sieht man die zwölf Zeugen, sowie mehrere Sachverständige. Kurz nach 9 Uhr beginnt im Kreuzfeuer der Photographen die Verhandlung. Der Angeklagte ist ein breitschultriger, gross gewachsener Mensch mit dunklen, etwas melancholischen Augen, bleich von der einhalbjährigen Untersuchungshaft. Er gibt eine sehr exakte und genau detaillierte Schilderung der Tat, fast ohne Gesten und mit einer leisen, etwas scheuen Stimme, der man eine gewisse Befan-

genheit deutlich anmerkt. Manchmal, wenn er auf den Tod seines Vaters und die Begleitumstände zu sprechen kommt, schwankt die Stimme ein wenig und die Augen irren wie hilfeschend ab. Im ganzen hat man das Gefühl, dass sich der Angeklagte das Chaos und die Qualen seines bedrängten Unterbewusstseins von der Seele spricht.

Der Zwang zum Mord.

"Ich hatte meinen Vater seit frühester Kindheit zu seinen Dienstgängen begleitet, sah, wie er die Treppe zu dem Claus'schen Hause hinaufstieg und bemerkte, wie der junge Claus die Waffe aus dem Fenster des ersten Stocks gegen meine Vater richtete. Kurz darauf brach er von einem tödlichen Schuss getroffen, zusammen. Drei Stunden sah ich die Leiche meines Vaters vor der Haustür liegen. Ich bin die ganze Nacht nicht nach Hause gegangen, so verwirrt und aufgeregt war ich. Von diesem Tage an habe ich immer den Vorsatz gehabt, den Johann Claus zu erschiessen, denn der Vater Claus hat die brösste Schuld am Tode meines Vaters. Nächtelang lag ich ohne Schlaf im Bett und sah den Körper meines sterbenden Vaters auf der Strasse liegen. Ich wusste ganz genau, Claus müsse sterben, und wenn es in fünf oder zehn Jahren passieren würde. Am schrecklichsten war für mich die Weihnachtsnacht des Jahres 1929, wo ich ganz allein in Frankfurt a.M. unter meinen Kameraden sass, völlig abwesend, ohne jede Gemeinschaft, nur an meine Familie und ihr verlorenes Glück denkend...."

Die Flucht vor sich selbst.

"Am Abend vor der Tat, dem 5. Januar, war ich dienstfrei. Ich nahm schnell und ohne mich zu besinnen, meinen Anzug, steckte die Dienstpistole ein und begab mich auf den Bahnhof. Ich fuhr zunächst nach Mainz, von dort nach Koblenz, dann nach dem Westerland, nach Koblenz zurück, von da nach Trier, nochmals nach Koblenz und von Koblenz endlich nach Kassel. Es war, als ob ich vor mir selbst hätte fliehen wollen. Dann also entschloss ich mich zu dem Morde oder vielmehr: ich wurde von innen heraus dazu gedrängt. Später wollte ich dann in die Fremdenlegion eintreten und habe diesen Gedanken in meinem Notizbuch niedergelegt, da ich überhaupt immer sehr genau geführt habe, weil ich ja sonst keinen Menschen hatte, mit dem ich mich aussprechen konnte."

"Ich wollte das Herz treffen."

"Die Tat geschah so: Ich trug die Pistole in der rechten Manteltasche und hatte sie geladen. Dann machte ich die Tür des Hauses auf mit dem Vorsatz jedoch, der mir von der Familie Claus entgegenkam, totzuschliessen, denn ich wollte ja die ganze Familie ausrotten. Ich trat in die Wohnstube und bat den alten Claus unter einem Vorwand in den Hausflur zu kommen. Hier zog ich die Pistole, gab zwei Schüsse ab - er brach zusammen. Ich hatte genau auf die Brust gezielt weil ich das Herz treffen wollte. Zuerst ging ich zu einer befreundeten Familie und fuhr dann in die Nacht. Als man mir einen Tag nach der Tat mitteilte, dass Claus im Krankenhaus gestorben sei, überkam mich eine grosse innere Ruhe...."

Der Dialog im Residenzcafé.

8 Minuten von jenem Haus entfernt, in dem man über den Polizeiwachtmeister Wille zu Gericht sitzt, liegt das Residenzcafé. Es ist ein bewusst auf Vornehmheit gearbeitetes Lokal, ebenso langweilig wie exklusiv und wer einen Fensterplatz erwischt, hat einen vorzüglichen Blick auf den weiten Friedrichsplatz, auf dem die Mütter mit ihren Kindern sozusagen bataillonweise in der Sonne spazieren gehen. Hier sitzen die Bürger, trinken ihren Kaffee oder schlürfen Himbeerrimonade und sprechen vom Wille-Prozess. "Ja", sagt ein korpulenter Herr, der wie ein Syndikus aussieht, zu seinem Nachbar "das nenne ich doch noch Vaterliebe! In der heutigen verlotterten Zeit geradezu ein Labsal. Wissen Sie, in solchen Fällen bin ich immer für "reispruch." Und der andere sagt, mit einem Blick, der wie eine Entschuldigung aussieht: "Schön, schön - Aber knallts nicht sowieso schon ein bisschen zu viel - - ?"

+

+

+

+

+

5

Es regnet Erde!

Noch kein Ende der rumänischen Petroleumkatastrophe - Neue Auswurfschächte in Moreni - Die Entstehung eines Sondentunnels - Schiebung bei den Löscheversuchen.

In den letzten Tagen der vergangenen Woche schien das Feuer der beiden brennenden Petroleumsonden in Moreni fast völlig zurückzugehen und in sich selber zusammenzusinken. Namentlich in der Nacht vom Sonnabend auf Sonntag sank die Flammensäule der Brandsonde derartig zusammen, dass sie kaum über den Erdboden hervorschlug. Ganz unerwartet begann jedoch dieser Tage unter donnerähnlichem Gepolter die Sonde aufs neue mit einem heftigen Auswurf. Kraterartig brachte der Auswurfschacht bis zu einem Durchmesser von dreissig Meter auf und warf braune Erdmassen, die den ölgetränkten Boden mit einer hellen Schicht bedeckten, fast eine Stunde lang aus. Bei der Eruption wurden auch grosse Erdklötze und Felsmassen auf einen weiten Umkreis der Sonde hinausgeschleudert, sodass der ganze Vorgang nur aus grösserer Entfernung beobachtet werden konnte.

Als nach der Eruption, der ein Anwachsen der Sondenflamme folgte, die ersten Ingenieure sich dem Auswurfkrater näherten, bemerkten sie, dass durch die neuerliche Eruption die Sonden Nr. 82 und 160 in etwa 100 Meter Tiefe miteinander verbunden wurden, und nun aus einem gemeinsamen Auswurftrichter die brennenden Gase ausspeien. Erst gegen Nachmittag hörten die Erdauswürfe der Sonde vollständig auf.

Es wird angenommen, dass der im Tunnel angebrachte Verschluss durch den neuen Auswurf vollständig zerstört wurde. Das Flammenmeer im Sondentrichter hat sich gegen die letzten Wochen merklich vergrössert. Um dem Ausströmen der Gase, die an dem Erdbhang in der Nähe des Tunnels und der brennenden Sonden sich durch den porösen Boden ihren Weg suchten, abzuleiten, wurden von der Petroleumgesellschaft Romana-Americana und der Petroleumgesellschaft Astra Romana dreissig Rauchfänge in den Erdboden versenkt, die die Gase an einem Orte auffangen sollen. Es ist dieses eine Vorsichtsmassregel, um die Entzündung der ausströmenden Gase in der Nähe der in Arbeit befindlichen Sonden zu verhindern und um grösserem Unheil vorzubeugen.

Nach der völligen Aussichtslosigkeit erfolgreiche Löscheversuche mit einem Apparat des Ing. Lazar hat die Romana-Americana nach einem neuen Verfahren die Löschung der Sonde versucht. Von der genannten Gesellschaft werden in unmittelbarer Nähe der brennenden Sonden zwei neue Bohrtürme errichtet. Infolge der grossen Hitze werden die Rohrgestelle aus massivem Eisen zusammengestellt und um den Arbeitern die Arbeit in der tropischen Hitze der Sondenöffnung zu ermöglichen, wurden zwei grosse Ventilatoren, die gleich Flugzeugpropellern Kühlung schaffen sollen, aufgestellt. Die beiden Bohrtürme sollen Bohrer bis zu einer Tiefe von 1 500 Meter in die Erde schrauben. In dieser Tiefe soll dann durch die beiden Bohrlöcher Barit in den Sondenaustrittschacht gepumpt und durch hohe Kompression der Lösung die Eruption erstickt werden. Allerdings sind bis zur Durchführung dieser Arbeiten noch wenigstens drei Monate erforderlich, sodass vorläufig keine Hoffnung auf eine baldige Löschung der Sonde vorhanden ist.

Auch mit der Löschung der Sonden 304 und 307 steht es wenig aussichtsvoll. Während so der Kampf zwecks Löschung der Brandsonden im rumänischen Petroleumzentrum recht aussichtslos erscheint, ist in den letzten Tagen ein direkter Feldzug gegen den Ing. Lazar inszeniert worden, dem vorgeworfen wird, als Vorsitzender der Kommission, die mit der Prüfung der aus allen Teilen des Auslandes eingelaufenen zahllosen Löschofferten und Spezialapparaten betraut war, sich aus den verschiedenen ihm vorgelegten Apparaten seinen eigenen Löscheapparat konstruiert zu haben um so in den Besitz der hohen Millionenprämie beim Gelingen der Löschung zu gelangen. Der letzte missglückte Löscheversuch und die

Entzündung der Sonde 82 brachten es mit sich, dass die bereits seit Monaten im Stillen bekannten diesbezüglichen Anschuldigungen Lazar offen auf den Kopf zugesagt wurden. Das Ergebnis der ministeriellen Kommission, die von Lazar Rechenschaft forderte, ist nicht bekannt und wird geheim gehalten, desgleichen die Untersuchungen des Gerichtes in Moreni. Der Ingenieur der Petroleumgesellschaft "Astra-Romana" Constantinescu tritt jedoch gegen Lazar öffentlich mit schwerwiegenden Anschuldigungen auf und behauptet, dass Lazar seinen der Löschkommission noch im vorigen Jahre eingereichten Apparat aus deutschen Offerten kopiert und als eigene Erfindung ausgegeben habe. Ing. Constantinescu ging sogar so weit, gerichtliche Klage gegen Lazar wegen geistigen Plagiats zu führen.

Von Tag zu Tag gestaltet sich naturgemäss die Lage im rumänischen Petroleumzentrum bei Moreni um die brennenden Sonden immer gefährlicher. Während bis vor kurzer Zeit nur durch die Bohrlöcher der Sonden die Flammen schlugen, bricht jetzt bereits an vielen Stellen der Boden auf, dem komprimierte Gase, die sich ausserordentlich leicht entzünden, entströmen. Da der Boden in der Umgebung der Sonden sehr schütterhaltig ist, ist grosse Gefahr vorhanden, dass durch den grossen Druck die Gase sich auch an anderen Stellen Durchbruch verschaffen werden und in kurzer Zeit die Umgebung der Sonde einem Flammenmeer gleichen wird. Zurzeit wird in Erwägung gezogen, die Sonde 160 als älteste Brandsonde frisch anzubohren, um einen Teil der Gase vor ihrer Entzündung ausströmen zu lassen.

+ + +
Wieder § 218. In einer umfangreichen Verhandlung, die ein trauriges Bild sozialer Not entrollte, hatten sich vor dem Schöffengericht Wilhelmshaven nicht weniger als 11 Personen wegen Vergehens gegen den § 218 des Strafgesetzbuches zu verantworten. Des Verbrechens gegen das keimende Leben wurden 6 Hausmädchen, eine Haustochter und eine Ehefrau, sämtlich im Alter zwischen 20 und 30 Jahren, beschuldigt. Wegen Beihilfe waren angeklagt ein Bäckergeselle, ein Marineunteroffizier und ein Marineobergefreiter. Das Urteil zeichnete sich durch besondere Milde aus. Das eine Mädchen bekam zwei Wochen Gefängnis, 4 Hausmädchen und die Ehefrau erhielten je eine Woche Gefängnis. Die übrigen Angeklagten wurden freigesprochen.

Der Anklage lag folgender Sachverhalt zugrunde: alle angeschuldigten weiblichen Personen unterhielten Verhältnisse, die nicht ohne Folgen blieben. In ihrer Not wandten sich die Frauen an den naturheilkundigen Früssmer aus Wilhelmshaven, der die Folgen gegen eine Gebühr von 30 Mark zu beseitigen verstand. Die Marinesoldaten und der Bäckergeselle hatten ihre Bräute dem Naturheilkundigen Paar zugeführt und die Abtreibung veranlasst. Das Ehepaar Früssmer selbst wohnte als Zeuge der Gerichtsverhandlung bei. Gegen beide wird in Kürze ein besonderer Prozess durchgeführt werden.

+ + +
Der Schuster als Doktor. Der Schuhmachermeister Stephanik promovierte an der Budapester Universität zum Doktor der Staatswissenschaft, hat aber die Absicht, trotz seiner Würde und Weisheit die Arbeit in der Werkstatt seines Vaters fortzusetzen.

+ + +
Neues Todesurteil. Das Flensburger Schwurgericht verurteilte den Landmann Carsten Landau aus Norddeich wegen vorsätzlichen Gattenmordes zum Tode. In Übereinstimmung mit der Staatsanwaltschaft unterstellte das Gericht volle Üeberlegung zurzeit der Tat. Die Ehe des Verurteilten mit seiner um sechs Jahre älteren Frau war sehr unglücklich gewesen. Landau hat die Frau erdrosselt und dann die Leiche, in der Absicht einen Selbstmord vorzutäuschen, an einem Bettpfosten aufgehängt.

+ + +

Hagenbeck in Prag. Die Firma Hagenbeck in Hamburg=Stellingen ist mit der Errichtung eines Zoologischen Gartens in Prag beauftragt worden. Die Bauarbeiten sollen Mitte August beginnen.

Vergessene Autos. In Paris werden jährlich nicht weniger als 1050 Automobile, Motorräder und andere Fahrzeuge vergessen. Täglich werden etwa 2 bis 3 Automobile und ungefähr 6 Fahrräder auf dem Fundbüro der Polizei eingeliefert. Allein um die Automobile sorgfältig unterzubringen, muss die Polizei ständig etwa 40 bis 50 Garagen belegen. Die Motive der seltsamen Zerstretheit sind ziemlich mannigfaltig. Etwa die Hälfte der Automobile ist gestohlenen Gut, dessen sich die Diebe einige Tage bedienten und das sie dann einfach auf der Straße stehen liessen. Ein beträchtlicher Teil der Wagen gehört ortsfremden Touristen, die vergessen hatten, an welcher Strassenkreuzung des Grosstadtlabrynts sie ihren Wagen parken liessen und die in Unkenntnis der weisen Einrichtung des Automobilfundbüros annahmen, dass man ihr Auto gestohlen habe.

Besserung in Lübeck. Die Zahl der an dem Calmette=Serum erkrankten Lübecker Säuglinge ist jetzt endlich im Rückgang begriffen. Während vom Gesundheitsamt vor zwei Tagen noch 92 Kinder als schwer krank gemeldet wurden, beläuft sich deren Zahl auf Grund der amtlichen Angaben jetzt auf 74. 64 Kinder sind als gesund befunden worden. Zum Teil wird die günstige Wendung auf die Anwendung des Bekämpfungsmittels Antiphthisin, das aus durch Höhen Sonne bestrahlten ätherischen Oelen besteht, ferner auf das Ponndorf'sche Verfahren zurückgeführt. Bei dem Ponndorf'schen Verfahren handelt es sich um ein aus zerquetschten Tuberkelbazillen hergestelltes Präparat. Das Antiphthisin ist durch einen Berliner Arzt, Dr. Genter, eingeführt worden, der sich dem Lübecker Gesundheitsamt zur Verfügung gestellt hatte.

Schluss des Kasselef Berichts: Die Zeugenaussagen gestalten sich für den Angeklagten sehr günstig. Der Bürgermeister von Niedermöllrich ist davon überzeugt, dass den alten Claus ein grosser Teil der Schuld an dem Drama trifft. Polizeihauptmann Steinhäuser, Frankfurt a.M., der frühere Vorgesetzte des Angeklagten, bekundet, dass Wille freundlich und zuvorkommend, wenn auch oft, wahrscheinlich aber unter dem Einfluss des Todes seines Vaters, jähzornig gewesen wäre. Dann kommt Frau Scheller aus Frankfurt a.M. zu Wort, in deren Haus Wille freundschaftlich verkehrte. Sie schildert das glückliche Familienleben Willes in Erinnerung an die Berichte, die Wille stets von ihm gegeben hatte.

Von den verschiedenen Gutachten der Sachverständigen sind besonders die Ausführungen Professor Jahrmärckers hervorzuheben, der den Angeklagten zwar als völlig klaren Menschen darstellt, dem aber möglicherweise eine gewisse psychopathische Veranlagung doch nicht abzuspochen sei. Der Angeklagte Wille sei in allem überempfindlich: übertrieben ritterlich, übertrieben ehrgeizig, in der Schreckensnacht übertrieben heftig. Die äussere Ruhe und Sicherheit, die der Angeklagte jetzt vor den Schranken des Gerichts zeige, sei erzwungen. Innerlich sei er ungewöhnlich erregt. Als krankhaft könne man diese ihn selbst so gefährdende Nervenverfassung nicht bezeichnen, aber auch nicht als durchaus normal.

Meussdörffer=Prozess. Am 7. Juli beginnt vor dem Schwurgericht Bayreuth die Hauptverhandlung in der Mordsache Meussdörffer. Die Arbeiter Fritz Schuberth und Hans Popp haben sich unter der Anklage des schweren Raubes zu verantworten.



Lohn- und Gehaltsabbau bei der Reichsbahn?

SPD. Auch die Reichsbahn-Gesellschaft hält wie das übrige deutsche Unternehmertum den Zeitpunkt für gekommen, Forderungen auf Abbau der Löhne und Gehälter anzumelden. Die Haltung des Reichsarbeitsministers gegenüber dem Oeynhausener Schiedsspruch hat den Verwaltungsrat der Reichsbahn zu seinen Forderungen ermutigt, Es ist auch nicht zu übersehen, dass angesichts der wenig günstigen wirtschaftlichen Position der Reichsbahn ihre Forderungen in der breiten Öffentlichkeit im ersten Augenblick leicht Anklang finden können. Die Reichsbahn ist zur Zeit bestimmt nicht auf Rosen gebettet. Der bisherige Einnahmeausfall wird auf etwa 260 Millionen beziffert. Zunächst wäre also einmal zu prüfen, ob dieser Einnahmeausfall tatsächlich schon eine Finanzkrise darstellt und zu einer Gewaltkur, wie sie ein Lohnabbau zweifellos ist, berechtigt.

Verminderten Einnahmen stehen auch verminderte Ausgaben, vor allem im Personaletat gegenüber. Die Angaben des Präsidenten des Verwaltungsrates über die Personalunkosten berücksichtigen offenbar die Ersparnisse nicht, die die Reichsbahn-Gesellschaft seit Beginn des Jahres, als sich die Einnahmeverminderung besonders bemerkbar machte, auf dem Personalgebiet gemacht hat. Es sind in dieser Zeit, in Anpassung des Personalkörpers an den verminderten Verkehr, mindestens 20 000 Arbeiter zur Entlassung gekommen oder an Stelle sonst neu einzustellender Zeitarbeiter beschäftigt. Ausserdem wurden durch Einlegung von Feierschichten Einsparungen gemacht. Die Reichsbahn hat also infolge von zum Teil sogar rigoros durchgeführten Massnahmen die Personalausgaben an die Verkehrslage anzupassen versucht.

Eine weitere Ersparnis gegenüber dem Vorjahr liegt im Wegfall der Ausgleichsrücklage in Höhe von rund 90 Millionen. Ausserdem besitzt die Reichsbahn nicht unerhebliche Reserven, von denen der Vortrag aus dem Vorjahr 170 Millionen und die gesetzliche Ausgleichsrücklage 500 Millionen beträgt. Zu beobachten ist ferner, dass die Deutsche Reichsbahn-Gesellschaft aus der Young-Anleihe 240 Millionen erhält und dass die bereits eingetretenen Tariferhöhungen sich auswirken werden. Die Notlage der Reichsbahn ist also keineswegs so akut, dass damit eine Gehalts- und Lohnkürzung begründet werden könnte.

Trotzdem ist jeder Versuch zur Stärkung der Finanzlage der Reichsbahn-Gesellschaft nur allzu begreiflich. Die Gesellschaft leidet stark unter der Wirtschaftskrise. Neben dem beträchtlichen Einnahmeausfall gegenüber dem Vorjahr steht die unleugbare Tatsache, dass die Eisenbahn nicht mehr die alte Monopolstellung für den Verkehr hat, sondern durch die Konkurrenz der Wasserstrassen und vor allem der Lastkraftwagen empfindliche Verluste erleidet. Auch das Reichsbahnpersonal und die Eisenbahnergewerkschaften haben Verständnis dafür, dass eine solche Situation besondere Massnahmen erforderlich macht. Es fragt sich nur, ob der vom Präsidenten des Verwaltungsrates vorgeschlagene Weg des Gehalts- und Lohnabbaus der richtige und wirtschaftlich zweckmässige ist.

Herr v. Siemens hat, um nach aussen starken Eindruck zu machen, in seinem Schreiben an den Reichskanzler mit besonderem Nachdruck hervorgehoben, dass die Gesamtausgaben der Gesellschaft für das Personal seit ihrer Gründung am 30. August 1924 um 700 Millionen oder 31% gestiegen ist, obgleich die Kopfzahl in der gleichen Zeit um 62 000 verringert worden sei. Mit diesen Zahlen kann

die Öffentlichkeit, der die Grundlage der Berechnung nicht bekannt ist, nicht viel anfangen. Die von Herrn v. Siemens genannten Steigerungszahlen der Personalkosten bauen auf dem Tatbestand des Jahres 1924 auf. Die Löhne im Eisenbahnbetrieb lagen aber damals nach der überwundenen Inflation weit unter den Goldlöhnen, die für den Durchschnitt aller übrigen Arbeiter festgelegt worden sind. Das ist eine von niemandem geleugnete Tatsache. Damals waren Arbeiterlöhne von 41 Pfennig für ungelernete bis 53,54 für gelernte im Durchschnitt pro Stunde festgelegt worden. Diese Löhne waren so erschreckend niedrig, dass nicht nur die Reichsregierung und die Reichsbahn-Gesellschaft selbst ihre Steigerungsbedürftigkeit anerkannten, sondern auch die mit der Untersuchung der Reichsbahnverhältnisse betrauten Sachverständigen im Dawesplan auf die Unhaltbarkeit dieser zu niedrigen Lohnsätze hinwiesen.

Auch die von Herrn v. Siemens in seinem Schreiben genannten Prozentsätze gegenüber den Arbeiterlöhnen der Vorkriegszeit ergeben keine klare Vorstellung über die tatsächlichen Verhältnisse. Wenn die Steigerung der Arbeiterlöhne der Reichsbahn in Prozenten hoch aussieht, dann ist das ähnlich wie bei dem Vergleich mit 1924 darauf zurückzuführen, dass in der Vorkriegszeit den Eisenbahnern abnorm niedrige Löhne gezahlt wurden. Das Durchschnittseinkommen eines Eisenbahnarbeiters im Jahre 1913 betrug 42 Pfennig pro Stunde gegenüber einem Durchschnitt in der übrigen Arbeiterschaft von 56 Pfennig. Dieser niedrige Durchschnittslohn des Eisenbahnarbeiters der Vorkriegszeit erklärt sich daraus, dass damals ein sehr grosser Prozentsatz der Eisenbahnarbeiter seine Tätigkeit nur als Übergangsstadium zur Tätigkeit und Bezahlung eines Eisenbahnbeamten ansah. Die Möglichkeit, in das Beamtenverhältnis zu kommen, ist bei der Reichsbahngesellschaft jedoch seit ihrem Bestehen auf ein Minimum eingeschränkt worden und für die Zukunft so gut wie garnicht mehr vorhanden. Auch die Sicherheit eines ständigen Arbeitsverhältnisses besteht nicht mehr. Damit ist aber auch jeder einigermaßen stichhaltige Grund für die schlechtere Bezahlung der Eisenbahnarbeiter weggefallen. Der Vergleich mit 1913, in einfachen Prozentzahlen ausgedrückt, besagt für die wirtschaftliche Lage der Eisenbahnarbeiter von heute gar nichts mehr. Tatsache aber ist, dass die Einkommen der Eisenbahnarbeiter zu einem wesentlichen Teil unter dem Einkommen durchaus vergleichbarer Privatarbeiter liegen. Ein Teil der Löhne im Eisenbahnbetrieb hält nicht einmal das Existenzminimum.

Bei den Beamtengehältern wird vom Präsidenten des Verwaltungsrates ebenfalls nur auf die ziffernmässige Erhöhung hingewiesen. Auch hier kann bei objektiver Betrachtung nicht übersehen werden, dass die Gehälter der Reichsbahnbeamten, soweit die grosse Masse in Frage kommt, unter den Gehältern der Reichsbeamten liegen.

Demgegenüber steht die sehr beachtenswerte Tatsache, dass die Eisenbahner ihre Leistungen derart gesteigert haben, dass heute mit einem um 62 000 Köpfe gekürzten Personalkörper eine Verkehrsleistung bewältigt wird, die um 61% höher liegt als die von 1924. Damit soll natürlich nicht gesagt sein, dass es bei der Reichsbahn keine Ersparnismöglichkeiten gibt. Es gibt solche. Wo sie zu suchen sind, wollen wir in einem besonderen Artikel erläutern.

2 SPD. Die Bergarbeitergewerkschaften von Südwales haben in einzelnen Distrikten beschlossen, die kommunistische Propaganda innerhalb des Verbandes nicht mehr zu dulden. Der Vertrieb des kommunistischen Agitationsmaterials wurde untersagt.

SPD. Vom Werkmeisterverbandstag in Breslau wurde der Verbandsbeitrag nicht wie infolge eines Schreibfehlers irrtümlich mitgeteilt worden war, auf fünf Mark, sondern auf sechs Mark erhöht.

SPD. Die Arbeitergruppe der Genfer Arbeitskonferenz hat zu dem von der Kommission ausgearbeiteten Konventionsentwurf über die Zwangsarbeit einen Minderheitsbericht ausgearbeitet. Danach stimmt die Arbeitergruppe dem Entwurf nur zu, um wenigstens etwas zu erreichen. Sie betont in ihrer Kritik am Konventionsentwurf der Kommission, dass die vorgesehene Beseitigung von Zwangsarbeit bei militärisch Aufgebotenen ungenügend sei; solche Arbeitskräfte dürfen vor allem nicht in den Dienst von Privatunternehmungen gestellt werden, auch wenn die Behörden die Aufsicht führen. Mit der Ratifizierung der Konvention müssten sämtliche Verträge rechtlich aufgehoben werden, durch die Private sich ein Recht auf Pflichtarbeit durch Eingeborene erworben hätten. Eine Umwandlung persönlicher Dienstpflichten gegenüber Eingeborenen-Häuptlingen in Geldleistungen stehe mit dem Geist der Konvention in Widerspruch. Die Garantien dafür, dass Personen unter 18 und über 45 Jahren, sowie die Stützen der Familien und in keinem Falle mehr als ein Viertel der Bevölkerung zur Zwangsarbeit aufgeboten werden dürften, müssten unbedingt eingehalten werden. Für die tägliche Arbeitsdauer könne nur der Achtstunden-Tag die Norm abgeben. Der Trägerdienst als Pflichtarbeit müsse baldmöglichst abgeschafft werden.

SPD. Anstelle des soeben zurückgetretenen britischen Gewerkschaftsführers Brownlie ist Hutchinson zum Präsidenten des Vereinigten englischen Ingenieur- und Schiffbauverbandes gewählt worden.

SPD. Auf der Genfer Arbeitskonferenz wurde am Mittwoch bei der Beratung des Konventionsentwurfs für die Beseitigung der Zwangsarbeit der griechische Regierungsvertreter Kanelopoulos, der anscheinend nicht genügend französisch oder englisch kann und daher seine Rede deutsch halten wollte, vom Vorsitzenden gezwungen, griechisch zu sprechen, obwohl nur verschwindend wenig Kongresssteilnehmer Neugriechisch verstehen.

Das Vorgehen des Vorsitzenden entsprach der Geschäftsordnung. Trotzdem war es eine Riesendummheit. Man darf erwarten, dass Albert Thomas eine Wiederholung solch aufreizender Albernheiten unmöglich macht.

SPD. Noch ist die Arbeitslosenreformvorlage der Regierung Brüning nicht Gesetz, da kommt die Presse der Deutschen Volkspartei mit neuen noch tieferehenden Reformforderungen. So schreibt die "Kölnische Zeitung" ermutigt durch den, an eine alte Zentrumsforderung anknüpfenden, Antrag der Demokraten auf Einführung von Gefahrenklassen: "Wenn also zwei Parteien, die sonst nicht im schwerindustriellen Geruch stehen, solche Reformneigungen zeigen, dann dürfte es eigentlich nicht schwer fallen, die Entwicklung vorwärts zu treiben, So unpopulär die Sache sein mag, es geht nicht mehr an, sie immer wieder hinauszuschieben."

Nur so zu! Aus dem Kampf um den Arbeitslosenschutz scheint so etwas wie ein Dreissigjähriger Krieg zu werden.



Eine traurige Agrarbilanz.

(Schieles pädagogische Warnungen.)

SPD. Die Spitzenorganisation der deutschen Landwirtschaftskammern, der Deutsche Landwirtschaftsrat, der am Mittwoch in Berlin zu seiner 60. Vollversammlung zusammengetreten ist, steht vor einer wesentlich anderen Situation als im Vorjahr. Damals bemühte sich die Sozialdemokratie im Reichskabinett um die Lösung der Agrarkrise. Die Agrarführer beschränkten sich darauf, ihrem Anhang im Lande hemmungslose Preisversprechungen zu machen. Die agrarpolitischen Massnahmen der Regierung wurden in Grund und Boden kritisiert. Andererseits versprach man den Landwirten, sofern man das Ruder in die Hand bekomme, eine Besserung des Preisniveaus in schier unmöglicher Masse.

Nun ist Herr Schiele, der Mann des Landbundes und des Deutschen Landwirtschaftsrats, seit Monaten Ernährungsminister. Er hat eine fieberhafte Tätigkeit entfaltet und war stets bereit, sich von seinem Anhang im Lande, ohne Rücksicht auf die deutsche Wirtschaft und auf die Folgen seiner Massnahmen, zu neuen "Taten" anspornen zu lassen. Am Preisniveau hat sich aber so gut wie nichts geändert. Das muss man heute, wo die Augen der gesamten Landwirtschaft auf die Tagung des Deutschen Landwirtschaftsrats nach Berlin gerichtet sind, feststellen und rechtfertigen. Es ist also keine angenehme Situation, in der der Deutsche Landwirtschaftsrat steckt, und der wachsende Radikalismus auf dem Lande tut alles, um die Frage nach dem Erfolg der Regierungstätigkeit des Herrn Schiele demagogisch auszunutzen, Was blieb den Führern des Landbundes am Mittwoch anderes übrig, als nach lahmen Entschuldigungen zu greifen. Der Reichsernährungsminister wies in seiner Rede darauf hin, dass es mit Wünschen nicht getan sei, dass man bei der einmal gegebenen handelspolitischen, welt- und innerwirtschaftlichen Lage nicht die Wirkungsmöglichkeiten der Agrarpolitik überschätzen dürfe; wer überspannte falsche Hoffnungen im Landvolk zu erwecken sucht, der untergrabe das Vertrauen zur Führung und störe die Einigkeit der Landwirtschaft. Der Präsident des Deutschen Landwirtschaftsrats Brandes erinnerte an die Bülowischen Zölle, die vor gut 25 Jahren auch erst nach 10 Monaten wirksam wurden. Im übrigen nahm er als Erfolg der Schieleschen Politik in Anspruch, dass der deutsche Getreidemarkt weitgehend von der unbefriedigenden Entwicklung auf dem Weltmarkt gelöst sei. Das ist sicherlich ein billiger Erfolg, zum Teil auch Massnahmen zu verdanken, die die Landwirtschaft seinerzeit als Kriegssozialismus verdammt und ablehnte. Auch darf man nicht vergessen, dass die Ereignisse an den Weltproduktbörsen die deutsche Agrarpreisbildung nicht sonderlich beeinflussen. Die grossen ausländischen Börsen werden wohl zur Korrektur der Preise bei uns herangezogen. Ausschlaggebend ist aber die Ernte. Wie die deutsche Ernte aber ausfallen wird, das wissen wir nicht und Herr Schiele und Herr Brandes nicht. Es ist vollständig in der Schwebe, ob der liebe Gott gutes Wetter für Herrn Schiele und seine Politik macht. Hat der liebe Gott mit Herrn Schiele und seiner Politik kein Einsehen, dann nricht die Schielesche Politik rettungslos zusammen. Auf solchen schwachen Fundamenten baut sich das Agrarprogramm des gegenwärtigen Landwirtschaftsministers im Reiche auf.

Weil man die Hohlheit und Leere dieses Programms kennt, deshalb erhebt man neue Forderungen. So verlangte der Präsident des Deutschen Landwirtschaftsrats am Mittwoch, dass man in Handelsverträgen keine langfristigen Bindungen eingehen solle. Attackiert wurde auch die Meistbegünstigungsklausel. Schliesslich forderte

Brandes die Kündigung von Handelsverträgen ohne Rücksicht darauf, dass die deutsche Wirtschaft die verlangten Kündigungen mit Hundert und Aberhundert Millionen Mark bezahlen muss.

Der Reichsernährungsminister machte sich das Programm des Präsidenten des Deutschen Landwirtschaftsrats nicht zueigen. Er bemühte sich vielmehr, erzieherisch auf die Versammlung einzuwirken. Man kann unter Umständen angesichts der Schieléschen Rede am Mittwoch von dem Bestreben sprechen, durch ein mehr reales Programm die Landwirtschaft über die Politik der blossen Zollsteigerungen und Exportprämien hinweg zu helfen, von der er wohl am besten weiss, dass sie nichts taugt. So kündigte Schiele ein Programm für die Umstellung vom Roggenbau auf den Weizenbau an. Er werde, so betonte er, schon in den nächsten Tagen darüber Fühlung mit den Ländern aufnehmen. Das Schwergewicht der Aktion werde aber bei der Landwirtschaft selbst liegen, die das Programm der Staatshilfe ergänzen müsse. Es mag von Bedeutung sein, dass der Minister in diesem Zusammenhang von einer straffen Zusammenfassung der Zucker- und Kartoffel verarbeitenden Gewerbe sprach, um eine gemeinschaftliche Regelung des Absatzes und der Produktion herbei zu führen, wobei er notfalls vor einem "erzieherischen Zwang" nicht zurückschrecken werde.

Im übrigen wurde der erste Tag der Vollversammlung durch Fachvorträge ausgefüllt. Dr. Hamann, Direktor der Landwirtschaftskammer für Hessen, kam auf die Preisbildung für Gemüse und Obst zu sprechen und stellte fest, dass der deutsche Erzeuger nur 5% des Preises erhalte, den der Verbraucher für Obst und Gemüse bezahle. Von den Kleinhandelspreisen entfielen z.B. in Dänemark 70-90% auf die Erzeuger. Hamann schnitt damit nur das alte Problem der überhöhten Handelsgewinne an. Hier bietet sich eine Chance für eine wirkliche Preissenkung. Die Regierung Brüning-Schiele, die aber soviel von Preissenkung redet, hat sich bisher um diese Chance noch nicht bekümmert. Oekonomierat Müller-Karlsruhe forderte höhere Tabakzölle und Reichssubventionen zur Förderung des Tabakbaus. Geheimrat Professor Dr. Volz - Leipzig verwies auf die Notwendigkeit einer Arbeitsteilung zwischen dem agrarischen Osten und dem industriellen Westen. Man müsse dem Osten die Möglichkeit geben, das zu produzieren, was auf seinem unfruchtbaren Boden und in seinem wenig günstigen Klima wachse, nämlich Roggen, Kartoffeln und Schweine. Eine Veredelung dieser Produkte könne dem Osten neues Leben zuführen. Voraussetzung sei jedoch, dass der industrielle Westen dem Osten seine verarbeitete Ware abnehme. Wir unterstreichen die Volzschen Ausführungen, müssen aber darauf hinweisen, dass der industrielle Westen nur dann dem Osten seine Ware abnehmen kann, wenn er genügend Kaufkraft besitzt. Gerade die Regierung Brüning-Schiele hat alles mögliche getan, um die industrielle Produktion zu drosseln. Es ist mal gut, wenn bei einer Gelegenheit wie der Tagung des Deutschen Landwirtschaftsrats gesagt wird, dass der Absatz der östlichen Landwirtschaft nach dem industriellen Westen automatisch verengt wird, wenn man die Kaufkraft der Bevölkerung in den Industriegebieten drosselt.

SPD. Bei der zweiten Lesung des Gesetzentwurfes zur Aenderung des Bankgesetzes wurde eine sozialdemokratische Entschliessung angenommen, in der die Reichsregierung aufgefordert wird, einen Ueberblick über die Gehälter der hohen Beamten bei der Reichsbank und bei der Reichsbahn und über die Vergütungen, die an die Mitglieder des Generalrats der Reichsbank und des Verwaltungsrats der Reichsbahn gezahlt werden, zu geben. Die Entschliessung fordert die Regierung weiter auf, mitzuteilen, was sie gegen die Verbindung von geschäftlichen Interessen und öffentlichen Aufgaben, wie sie auf Grund des Dawesgesetzes beim Verwaltungsrat der Reichsbahn bisher zulässig war, nach Annahme des neuen Reichsbahngesetzes zu tun gedenkt.

Nun hat vor einigen Tagen der Reichsinnenminister Dr. Wirth dem Reichstag eine "Uebersicht der Entschliessungen des Reichstags nebst Beantwortung der Reichsregierung" überreicht. In dieser Uebersicht ist auch die obenerwähnte sozialdemokratische Entschliessung wiedergegeben. Sie ist allerdings nur mit dem

Vermerk "Beantwortung folgt" versehen. Der Regierung Brüning war es also bisher seit rund einem Vierteljahr nicht möglich, die Bezüge der hohen Beamten der Reichsbank und der Reichsbahn festzustellen. Es scheint auch ausserordentlich schwierig zu sein, das Notwendige gegen die Verbindung von Geschäft und Amt beim Verwaltungsrat der Reichsbahn zu veranlassen.

Die Beantwortung soll aber immerhin noch folgen. Wir würden es für richtig halten, wenn sich die Regierung nicht mehr allzu viel Zeit damit lässt, da sie nicht nur in ihrem Ende voriger Woche veröffentlichten Sanierungsprogramm die Senkung der öffentlichen Lasten und die Verringerung der Personalausgaben angekündigt, sondern auch die Notwendigkeit betont hat "zu einer Vereinfachung der gesamten Lebensführung zu kommen". Ausserdem hat auch die Deutsche Volkspartei in ihrem Gegenprogramm eine rücksichtslose Senkung der Ausgaben und insbesondere eine Herabsetzung der Personalausgaben in der gesamten öffentlichen Verwaltung gefordert. Die Regierung will allerdings mit dem Abbau der Personalausgaben bei den unteren Beamten beginnen. Wir sind aber der Meinung, dass der Anfang bei den hohen und höchsten Beamten gemacht werden muss. Zu diesem Zwecke sollte doch endlich der Öffentlichkeit mitgeteilt werden, wie es um die Bezüge der Verwaltungsmitglieder der Reichsbank und Reichsbahn steht.

SPD. Der von der Generalversammlung der Vereinigten Elektrizitätswerke Westfalen G.m.b.H. (V.E.W.) genehmigte Vertrag mit der Deutschen Bank-Diskontogesellschaft, wodurch das Unternehmen praktisch in die Hände des Privatkapitals fällt, sieht vor, dass die DD-Bank den VEW eine ein Schuldarlehen für die Zeit von 3 Jahren in Höhe von 66 Millionen Mark zur Verfügung stellt. Die Auszahlung beträgt 92%, der Zinssatz 6 $\frac{1}{2}$ %. So errechnet sich eine Effektivverzinsung von 9%, die angesichts der Zinslage als sehr hoch und sehr hart bezeichnet werden muss.

Im Anschluss an das Darlehen wird die Kapitalerhöhung von 60 auf 120 Millionen Mark vorgenommen. Die jungen Aktien kann die DD-Bank nach 3 Jahren übernehmen und gegen das Darlehen verrechnen. Vorerst gehen die jungen Aktien von 60 Millionen nominell in das Portefeuille der DD-Bank. Diese stellt auch 10 Aufsichtsratsmitglieder, von denen eine ganze Reihe dem Kreis der rheinisch-westfälischen Schwerindustrie - u.a. wird die Gelsenkirchener Bergwerks A.G. herangezogen werden - angehört. Vorsitzende der neuen A.G. werden der Oberbürgermeister von Dortmund, Eyckhoff, und der Direktor der Deutschen Bank, Kehl. Der bestimmende Mann wird Kehl sein.

Die jungen Aktien sind mit einer Vorzugsdividende von 6,5% ausgestattet. Das sichert diesen an sich einen gewissen Kurs. Im übrigen wird die DD-Bank das Unternehmen so "sanieren", dass sie die Gewinne bei den VEW in den nächsten 3 Jahren thessauriert. Die Folgen für die beteiligten Kommunen liegen auf der Hand.

Es ist ein recht schlechtes Geschäft, das die Kommunen mit der DD-Bank gemacht haben. Dieses Geschäft erklärt sich in erster Linie wohl durch das Versagen der Dortmunder Stadtverordnetenversammlung, in der das Zentrum die Mehrheit hat. Gegen die Abmachung zwischen den VEW und der DD-Bank ist ein Einspruch der Aufsichtsbehörden nicht möglich. Diese Klippe hat man geschickt umschifft. Es entsteht aber die Frage, ob den Aufsichtsbehörden, also der Staatsregierung, nicht für die Zukunft ein Machtmittel in die Hand gegeben werden muss, um eine ähnliche Verschleuderung öffentlicher Werte zu verhindern. Einen Vermögensnachteil bedeutet der Vertrag mit der DD-Bank auf alle Fälle für die beteiligten Gemeinden, auch für die Stadt Dortmund, deren Haltung die Dinge ungünstig beeinflusst hat, wenn man auch darauf veweisen kann, dass z.B. die Stadt Dortmund ihr Aktienpaket behält. Die Bewertung dieser Aktien wird wahrscheinlich nach der Transaktion mit der DD-Bank wahrscheinlich ganz anders sein als vorher. Ohne Zweifel haben die Kommunalvertreter in der ganzen Angelegenheit versagt. In diesem Zusammenhang dürfte man die Hoffnung aussprechen, dass zum wenigsten eine Verschmelzung der VEW mit den Rheinisch-Westfälischen (RWE) erstrebt wird, um die Einheitlichkeit in der Elektropolitik des Westens zu wahren.

Das Verhalten der Leiter bei den VEW erscheint in höchst seltsamem Licht, wenn man erfährt, dass der preussische Elektrotrust noch am Dienstag bereit war, einen dem Geldbedarf der VEW entsprechenden Zwischenkredit zur Verfügung zu stellen.

Der vorliegende Abschluss der VEW weist eine Vermehrung der kurzfristigen Anleihen von etwa 50 auf 70 Millionen Mark auf. Diese Steigerung hat, wenn man von persönlichen Gründen (die anscheinend vorliegen) absehen will, zu der Transaktion mit der DD-Bank beigetragen. Der Vermehrung der kurzfristigen Anleihen steht eine Anlagesteigerung von 175 Millionen auf 226 Millionen Mark gegenüber und eine Steigerung der Stromerzeugung von 528,35 Millionen Kilowattstunden auf etwa 614 Millionen Kilowattstunden. Der Geschäftsbericht der VEW bemerkt aber, dass in dieser Stromsteigerung Fremdstrombezug steckt. Es wäre interessant zu erfahren, in welchem Ausmass die VEW Fremdstrom z.B. von dem RWE bezogen haben und ob dieser Bezug auch nicht darauf zurückzuführen ist, dass das RWE in seiner Kalkulation günstiger steht als die VEW. Wir haben den Eindruck, dass die Steigerung der kurzfristigen Anleihen und schliesslich auch die letzte Dollaranleihe nicht ganz im Sinne einer rationellen Steigerung der Stromproduktion benutzt worden sind, sondern dass man viel Geld für Zwecke vertan hat, deren Dringlichkeit nicht einzusehen, und deren Rentabilität wohl auch ausgeblieben ist.

SPD. Der Ausweis der Reichsbank für die Woche zum 23. Juni bringt für die Beanspruchung des Reichsbankkredits einen neuen Tarifstand. Die Beanspruchung verringerte sich insgesamt um 195,4 Millionen auf 1504,5 Millionen Mark. Im Vormonat trat ein Rückgang um 72,9 Millionen auf 1674,1 Millionen Mark ein. Um die entsprechende Zeit des Vorjahres war der Reichsbankkredit mit 2667 Millionen Mark in Anspruch genommen. Die Spanne zwischen der dritten Juniwoche 1929 und der Woche zum 20. Juni 1930 macht nicht weniger als 1160 Millionen Mark aus. Von dem Rückgang sind in der Woche zum 23. Juni 1930 insbesondere die Handelswechsel und Schecks betroffen. Hier liegt ein Rückgang um 195,8 Millionen auf 1328,1 Millionen Mark vor. (23. Mai 1930= Rückgang um 65,2 Millionen auf 1519,7 Millionen, 22. Juni 1929 Rückgang um 128,4 Millionen auf 2427,1 Millionen Mark) Die Lombardbestände haben geringfügig, um 0,2 Millionen auf 55,3 Millionen Mark zugenommen.

Es ergibt sich eine fast unmögliche Situation bei der Reichsbank, die immer klarer zeigt, dass die Bank den Kontakt mit den Geldmärkten verloren hat.

Die fremden Gelder haben sich um 111,3 Millionen Mark auf 648,6 Millionen Mark erhöht. Ohne Zweifel stecken darin schon Teile der Younganleihe. Diese erklärt auch wohl das Anwachsen der deckungsfähigen Devisen um 35 Millionen Mark.

Die Bestände an Gold und deckungsfähigen Devisen erhöhten sich um 35,1 Millionen auf 3076,2 Millionen Mark. Im einzelnen haben die Goldbestände um 0,1 Millionen auf 2618,9 Millionen und die Bestände an deckungsfähigen Devisen um 35 Millionen auf 457,2 Millionen Mark zugenommen. Die Deckung der Noten durch Gold allein erhöht sich von 61,2% in der Vorwoche auf 64,9%, diejenige durch Gold und deckungsfähige Devisen von 71,1% auf 76,2%.

SPD. Die schlimme Wirtschaftskrise wirkt sich auf den Umsatz der Konsumvereine weiter unbefriedigend aus. Im Monat Mai ist der Wochenumsatz pro Mitglied in den dem Zentralverband deutscher Konsumvereine angeschlossenen Genossenschaften, verglichen mit dem Vormonat, von 8,78 Mark auf 8,44 Mark zurückgegangen. Von den Revisionsverbänden erzielten eine Umsatzsteigerung der Verband mitteldeutscher Konsumvereine mit 0,07 Mark und der Verband Thüringer Konsumvereine mit 0,05 Mark. In den übrigen Verbandsgebieten ist ein Umsatzrückgang eingetreten. Der Verhältnissatz des Umsatzrückganges beträgt in Rheinland-Westfalen 0,59 Mark, in Sachsen 0,49 Mark, in Ostdeutschland 0,37 Mark, in Bayern 0,36

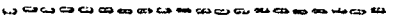
Mark, in Württemberg 0,36 Mark, in Nordwestdeutschland 0,35 Mark, in Schlesien 0,18 Mark und in Südwestdeutschland 0,16 Mark.

Der durchschnittliche Wochenumsatz je Mitglied von 8,44 Mark wurde überschritten im Verbands sächsischer Konsumvereine um 2,73 Mark, im Verbands nordwestdeutscher Konsumvereine um 1,67 Mark und im Verbands Rheinland-Westfalen um 0,40 Mark. Unter dem Zentralverbandsdurchschnitt blieben: Mitteldeutschland mit 0,50 Mark, Bayern mit 0,55 Mark, Thüringen mit 0,63 Mark, Württemberg mit 1,19 Mark, Ostdeutschland mit 1,21 Mark, Schlesien mit 2,14 Mark und Südwestdeutschland mit 2,87 Mark.

Bei einem Vergleich mit dem Monat Mai des Vorjahrs ist in allen Revisionsbehörden - mit Ausnahme von Bayern - ein Rückgang des Umsatzes festzustellen. Die Umsatzverminderung belief sich in Sachsen auf 1,29 Mark, in Ostdeutschland auf 0,88 Mark, in Thüringen auf 0,64 Mark, in Schlesien auf 0,66 Mark, in Rheinland-Westfalen auf 0,56 Mark, in Mitteldeutschland auf 0,35 Mark, in Nordwestdeutschland auf 0,05 Mark und in Südwestdeutschland auf 0,01 Mark. Im Zentralverbandsdurchschnitt stellte sich der Rückgang des Wochenumsatzes je Mitglied gegenüber dem gleichen Monat des Vorjahres auf 0,48 Mark.



Witterungswechsel.



(Berliner Getreidebörse vom 25. Juni)

SPD. An der Berliner Produktenbörse herrschte am Mittwoch flauere Stimmung. Die Witterungswechsel und ergiebige Regenfälle in vielen Gegenden haben die Ernteaussichten wieder erheblich verbessert. Dazu traten die flauen Meldungen aus Amerika und dem übrigen Ausland. Demzufolge verloren am Markte der Zeitgeschäfte Weizen 2½ - 4 Mark, Roggen 1½ bis 2½ Mark und Hafer sogar 5 Mark. Im Effektivgeschäft hatte sich beim Roggen nichts geändert. Prompter Weizen war ausreichend angeboten, fand jedoch auch bei Preisnachlässen kaum Käufer. In Brotgetreide aus neuer Ernte war die Umsatztätigkeit gleichfalls sehr eingeschränkt. Weizenmehl hatte lustlosen Markt, obgleich die Forderungen teilweise nicht unerheblich niedriger lauteten. Roggenmehl fand nur in den geringeren Sorten Beachtung. Auch Hafer hatte schwächere Tendenz.

	24. Juni (ab märkische Station in Mark)	25. Juni
Weizen	297 - 300	290 - 295
Roggen	172 - 177	172 - 177
Braugerste	-	-
Futter- und Industrieroggen	168 - 184	170 - 186
Hafer	150 - 161	148 - 158
Toco Mais Berlin	-	-
Weizenmehl	33,75 - 41,75	33,00 - 41,25
Roggenmehl	23,00 - 24,90	22,00 - 24,90
Weizenkleie	7,60 - 8,10	7,60 - 8,10
Roggenkleie	7,75 - 8,00	7,75 - 8,00

Handelsrechtliche Lieferungsgeschäfte: Weizen Juli 287-286-286½ (Vortag 291), September 255½ (258½), Oktober 257 (259½). Roggen Juli 166½-167 (Vortag 169), September 171½ plus Geld (173½), Oktober 173½ plus Brief (175), Hafer Juli 164-164½ (Vortag 169), September 165½-166 (170½), Oktober 169½-169½ (175).



Kunst und Wissen

UNTERHALTUNGSBEILAGE DES S.P.D

Berlin, den 25. Juni 1930

Eine schwierige Anleihe.^x

Von John K. Newnham.

SPD. Biggs schüttelte den Kopf. "Bedaure", sagte er, "augenblicklich kann ich dir leider nicht aushelfen."

"Nicht einmal mit zehn Pfund?" flehte George Brown. "Ich brauche das Geld so furchtbar dringend. Mit zehn Pfund ist mir geholfen. Kannst du es nicht doch zuwege bringen?"

Biggs zögerte. "Zehn Pfund? Brauchst du sie wirklich so notwendig?"

"Schrecklich notwendig", sagte Brown. "Und dann bist du mir doch auch diesen Betrag schuldig. Das scheinst du zu vergessen."

"Nun gut. Ich will mein Möglichstes tun. Du bekommst das Geld noch in dieser Woche".

"Vielen Dank, mein Lieber!"

"Nicht der Rede wert."

Und Biggs machte sich auf den Weg, um seinen alten Freund Smith aufzusuchen. "Grüss dich Gott, alter Bursche", sagte er, "du erinnerst dich doch noch an die zehn Pfund, die du mir schuldig bist?..." Smith nickte. "Ja - und...?"

"Und? Ich brauche das Geld so dringend. Kannst du es mir nicht zurückgeben? Es ist wirklich sehr dringend."

Smith zog seine Brieftasche hervor und entnahm ihr zwei Zehnschillingnoten. "Das ist mein ganzer Besitz. Wenn dir damit gedient ist?"

"Nein, kannst du wirklich nicht die zehn Pfund beschaffen? Du hast mir doch versprochen, sie mir in einigen Tagen zurückzugeben."

"Gut!" erwiderte Smith schicksalsergeben. "Du brauchst sie doch nicht augenblicklich?"

"Nein, aber unbedingt noch in dieser Woche!"

"Also schön! Ich werde mein Möglichstes tun. Servus!"

"Servus!"

Eine halbe Stunde später sprach Smith mit Jones. "Du bist mir noch zehn Pfund schuldig", sagte er zu Jones.

"Wirklich? Das bedeutet ja - so nehme ich an -, dass ich dich jetzt nicht um fünf Pfund anpumpen kann, wie es eigentlich meine Absicht war. Sehr bedauerlich!"

Smith wurde ärgerlich. "Ich habe deine Redensarten satt. Ganz im Ernst gesprochen: ich brauche die zehn Pfund wirklich dringend. Es geht um Tod oder Leben. Kannst du das Geld nicht doch bis Ende der Woche irgendwie beschaffen, alter Freund?"

"Na, wenn es wirklich so dringend ist, werde ich mein Möglichstes tun. Ich werde es schon auftreiben".

"Also abgemacht?"

"Sicher".

Am gleichen Abend besuchte Jones seinen Klub. Als Log'n eintrat, stürzte er auf ihn zu. "Einen Augenblick, mein Lieber, wenn ich dich bitten darf".

"Womit kann ich dir dienen?"

"Mit zehn Pfund".

"Zehn wa=a=a=s?"

"Mit zehn Pfunden, zehn Pfunden grossbritannischer Währung!"

"Ich habe nicht einmal zehn Schilling, geschweige denn zehn Pfund. Du machst dich wohl lustig über mich?"

Jones' Augen funkelten. "Ich brauche zehn Pfund, und du bist mir zehn Pfund schuldig. Sei doch ein netter Kerl, Logan, und hilf mir aus der Klemme! Es ist eine Sache von ungeheurer Wichtigkeit. Und wenn du mir das Geld nicht gibst, machst du dich am Tode eines Menschen mitschuldig."

"Eine so ernsthafte Sache?"

"Noch ernsthafter!"

"Also bis wann brauchst du das Geld?"

"Unbedingt noch in dieser Woche. Wirst du es einrichten können?"

"Hoffentlich! Jedenfalls mein Ehrenwort, dass ich alles tun werde, was in meinen Kräften steht!"

Jones ergriff Logans Hand. "Bist doch ein reizender Bursche. Ich wusste ja, dass man sich auf dich verlassen kann".

Am nächsten Tage sprach Logan mit Weston. Weston schüttelte sein Haupt.

"Aber, wenn ich dir sage, dass ich das Geld haben muss."

"Ich habe es eben nicht".

"Du bist mir doch zehn Pfund schuldig!"

"Möglich. Aber wenn ich das Geld doch nicht habe... Wozu brauchst du es denn so dringend?"

"Um ein Leichenbegängnis zu bezahlen. Wenn ich das Geld nicht auftreibe, muss ein Mann in einer Massengruft beerdigt werden, seine sieben Kinder müssen hungern, und sein zartes Weib muss betteln gehen. Es wäre sträflich!"

Weston kratzte seinen Kopf. "Nun, wenn es so ist... Ich werde mein Möglichstes tun!"

"Aber spätestens noch diese Woche!"

"Abgemacht! Was ich tun kann, wird geschehen!"

Und schon am Nachmittag besuchte Weston seinen alten Freund George Brown, dessen wir uns ja noch erinnern. "Ich brauche die zehn Pfund, die du mir schuldig bist", sagte er mit rauher Stimme, "ich brauche sie, um eine gänzlich verarmte Familie vor dem Hungertode zu retten!"

Aber er bekam die zehn Pfund nicht. Der Kreislauf hatte sich geschlossen. Denn George Brown brauchte ja selber zehn Pfund. Und auch er konnte sie nicht bekommen. Denn Biggs suchte ihn am nächsten Tage auf. "Es tut mir furchtbar leid", sagte er mit Grabesstimme, "ich kann dir das Geld nicht beschaffen. Eine meiner Freunde ist mir selbst zehn Pfund schuldig und will sie nicht zurückzahlen."

"So ein Schuft!" sagte Brown aus tiefstem Herzensgrunde.

(Berechtigte Uebersetzung aus dem Englischen
von Leo Korten.)

Die Stadt der Fremdenführer.^x

SPD. Von Kissingen eilt das Auto über Würzburg nach der Stadt, deren Nähe allein die Erinnerung an das deutsche Mittelalter wach ruft: Rothenburg ob der Tauber. Wir müssen eilen; pünktlich um 12 Uhr mittags schlägt die Kunstuhr; noch 15 Minuten Zeit und noch 15 km bis nach dem Markte. Der Wagen eilt über die Landstrasse; durch die Dörfer müssen wir ja mit der Geschwindigkeit heruntergehen. Zehn Sekunden vor Mittag läuft der Wagen auf den Marktplatz. Die Sonne brütet heiss auf den Dächern und brennt in die Gesichter aller derer, die erwartungsvoll zum Giebel der einstigen Herrentrinkstube hinaufschauen; Touristen in Breeches und Sportstrümpfen, Damen in modischer Kleidung mit Stöckelschuhen, Wandervögel mit Russenkitteln und Klampfe, Schulkinder, Studenten, Lehrer; es scheint, als ob die ganze wandernde Bevölkerung Frankens sich hier zum

Stelldichein treffen wolle. Und als Symbol tempoerfüllter Gegenwart noch ein paar Dutzend Automobile, deren Insassen ebenso interessiert die Blicke nach oben richten. Die Uhr schlägt; zwei Fenster springen auf: links steht Tilly, rechts Altbürgermeister Nusch; der hebt einen Riesenkrug und trinkt wie einst, als er durch diesen Trunk die Stadt rettete. Das war am 29. September 1632. Tilly hatte die Stadt nach verzweifelter Gegenwehr genommen und den Rat zum Tode verurteilt. Bürgermeister Petzold musste selbst den Scharfrichter holen. Der Tag war heiss, und der fränkische Wein, der dem Sieger gereicht wurde, stimmte die Gemüter versöhnlicher. Wenn sich einer fände, der den vier Liter fassen=den Kaiserpokal auf einen Zug leere, dann sollte Gnade vor Recht ergehen. Bürgermeister Nusch tat den Meistertrunk; und alljährlich zu Pfingsten erinnert ein "Estspiel an jene "guten alten" Zeiten, die noch nichts von Reparationsproblemen wussten, und in der man mit Frankenwein in genügend grosser Dosis eine ganze Stadt retten konnte.

Wir gehen ins Rathaus, jenen wundervollen Bau, der, in seinem ältesten Teile strenge Gotik, über den Baustil der sonnigen Renaissance schon die ersten Anzeichen des leidenschaftlichen Barock ausdrückt. Ein finsternes Verliess, ein Kellerraum mit meterdicken Mauern, dumpf, dunkel und unheimlich, ist der Platz, an dem Rothenburgs grösstes politisches Genie, Bürgermeister Heinrich Toppler, auf geheimnisvolle Weise ums Leben kam. Von den Bürgern erst vergöttert und dann in der Not verraten, starb er hier 1408 "nicht ohne den Verdacht, dass es kein natürlicher Tod gewesen sei". Sein Schicksal hat Schreckenbach in einem seiner historischen Romane dichterisch gestaltet. Wir empfinden an seiner Todesstätte jenen geheimnisvollen Schauer, den immer das Gefühl eines über die Brücke von Jahrhunderten hergestellten Zusammenhanges auslöst.

Über Halsbrecherisch krumme Treppen, über typisch mittelalterliches Quadermauerwerk klettern wir auf den Rathaussturm. Tief unten liegt die Perle des deutschen Mittelalters, die Stadt, deren Macht einst selbst das stolze Nürnberg in Angst versetzte. Rings um die Stadt die Mauern mit ihren Türmen und Toren und Wehrgängen; gotische Häuser drängen sich zu krummen Gassen zusammen; eingebettet zwischen Hügeln und Wäldern, idyllisch von der Tauber umflossen, genügt allein das Panorama, die Anziehungskraft dieser Stadt verständlich zu machen.

Dann streichen wir stundenlang durch die Gassen und Gässchen, durch Torbögen und Höfe, stöbern in Winkeln und Nischen umher und freuen uns wie harmlose Kinder über jedes schöne Fleckchen, das wir entdecken. Und es gibt unendlich viel zu sehen; kaum ein Tag reicht, um einen ersten, oberflächlichen Eindruck zu gewinnen. Jeder Stein, jede Front eines einfachen Bürgerhauses erinnert an jene "dunkle Nacht mit wenigen leuchtenden Sternen", wie ein deutscher Historiker des Mittelalters nannte. Müde vom Schauen und Geniessen landen wir endlich zum Essen in einem der vielen Gasthöfe und lassen uns zum Mahl den Würzburger Wein munden. Von den Wänden des "stillecht" gehaltenen Raumes mahnen uns Sprüche wie:

"Des Bürgers erste Pflicht ist Ruh';
bedenke dies und wein' dazu!"

oder:

"Herrn Nusch im Trinken nachzustreben,
ist hier die beste Möglichkeit gegeben."

Die herzliche Gesinnung von einst verkündet folgende Einladung:

"Bauersmann, bist willkommen;
Wird dir nimmer Kopf abg'nummen."

Am treffendsten fand ich folgende Weisheit:

"Im Kaiserstuhl sass Wenzeslaus;
Die Stadt bezahlte Wein und Schmaus.
Verhüll' dein Haupt, mein Lieber:
Die Zeiten sind vorüber."

Die Erinnerung an die Zeiten wird durch Tafeln an unzähligen Häusern wachgehalten: "Hier wohnte Kaiser Maximilian 1513...", "Hier übernachtete Christian I. von Dänemark 1474 sieben Tage lang."

Rothenburg ist die Stadt der Fremdenführer. Ich glaube, jeder zweite Rothenburger wird bereits als Fremdenführer geboren. Wir kommen auf unsrer Streife zufällig in eine kleine, geöffnete Kapelle; im Augenblick des Eintretens begrüsst uns ein etwa zehnjähriger Junge, der mit heller Stimme seine Führerpredigt herunter singt, besser: skandiert; er ist peinlichst bemüht, hochdeutsch zu sprechen, und wirkt wie ein schlechter Sprechautomat. Ein anderer Führer im "Staudtschen Haus", dessen wundervollen, efeuumspinnenen Hof wir beabsichtigen, ist bestrebt, seinem von Marcell Salzer her berühmten böhmischen Kollegen in Bezug auf Stilblüten Konkurrenz zu machen: "Seit dem 16. Jahrhundert ist das Haus im Besitze der Familie Staudt. Dieser Efeu, den Sie hier sehen, ist aus dem 13. Jahrhundert und sind aus diesem Efeu dort oben drei Bäumchen gezogen, und diese Farben hier sind die alten Reichsfarben. Diese beiden Hochstämme, die Sie hier sehen, sind eine Eipe (er meinte Eibe); ein seltener Baum; (jetzt wichtig und überlegen:) wo er gewöhnlich vorkommt, ist er buschartig; (erzählend=freundlich:) da haben die alten Deutschen Pfeil und Bogen draus geschnitzt." In der Jacobinerkirche erklärt uns ein Führer den Blutaltar, ein Meisterwerk Riemenschneiderscher Holzschnitzkunst: "Drei Jahre hat der Meister daran gearbeitet. 109 Gulden hat der Altar gekostet; die Rechnung ist noch erhalten. Hierher wurden früher Wallfahrten gemacht, und davon lebte Rothenburg."

Wir sehen uns an und schmunzeln. Alles amüsiert sich. Heute ist das nämlich auch nicht anders; die Wallfahrer haben sich geändert, nicht das Wallfahren. Rothenburg ist Touristenknotenpunkt, und die heutige Generation seiner Bürger hat es verstanden, ein einwandfrei konserviertes Stück Mittelalter zu einer einträglichen Touristenausbeutungsquelle zu machen. Wer nicht von den Einheimischen fremdenführt, der hat einen Laden mit Andenken und "garantierten" Altertümern; oder eine Kneipe, ein Kaffeehaus oder eine Weinstube. Wer alles halbwegs Sehenswerte anschaut, kann dabei einen hübschen Batzen Geld für Eintrittspreis los werden.

Als wir am Abend wieder ins Auto steigen, war unser Geldbeutel wesentlich leichter geworden; aber es ist uns nicht leid darum. Es geht wieder nach Kissingen. Lange schauen wir uns um, bis das letzte rote Ziegeldach entschwindet. In Würzburg machen wir in der Weinprobierstube an der Residenz Rast und beschliessen den Tag, indem wir mit goldenem Frankenwein auf das Gedenken von Generationen anstossen, von denen uns ein halbes Jahrtausend trennt, und deren Geist noch heute in ihren Schöpfungen lebendig ist.

Richard Lehmann.

Nacht in den Dünen.^x

SPD. Es ist ein seltsames Ding um die Nächte auf friesischen Inseln. Im Herbst und im Frühjahr, wenn wilde Stürme über sie hinweg rasen und ein aufgewühltes, zischendes, kochendes Meer gewaltige Sturzseen gegen das Ufer schleudert, als wollte es das Ufer in seinen Grundfesten erschüttern, wenn selbst kein Hund mehr sich auf die Strasse jagen lässt, sondern mit eingezogenem Schwanz und hängenden Ohren durchs Haus schleicht, dann sitzt wohl auch der Mensch mit heimlichem Bangen hinter den Fenstern und beschwört die Götter, jene Elemente in Fesseln zu legen. Doch das donnernde Meer und der heulende Sturm schicken schnell ihre sarkastischen Teufelchen voraus und lassen prüfen, ob auch alles noch fest in den Angeln sei. Und wehe, wenn sie ihr Opfer, die armselige, baufällige Hütte eines Fischers, gefunden haben; dann kennen sie kein Mitleid. Wasser und Wind vollführen dann einen grausamen Höllentanz, als stünden sie

am Vorabend des Jüngsten Gerichts. Die sarkastischen Teufelchen hüpfen von Haus zu Haus, von Hof zu Hof, alles abtastend. Und der grelle, gespenstische Schein des Leuchtturms weidet sich an ihrem schadenfrohen Tun.

Später jedoch, an herrlichen Sommerabenden, wenn jene Naturgewalten sich endlich beruhigt haben, sitzen die Menschen vor den Haustüren oder im primitiven Gärtchen und plaudern. Frauen und Mädchen beschäftigen sich mit Handarbeiten. Ein härtiger alter Fischer flucht dreimal heftig gen Himmel ob eines verunglückten Handgriffes beim Ausbessern der Netze. Dort treibt jemand eine Rinderherde durch die zerstampfte Strasse. Jugend tummelt sich singend und spielend in engen, holprigen Gassen. Ein paar Sonnenstrahlen klettern heimlich und verloren an den niedrigen Fassaden der fast winzig und geduckt anmutenden Häuser entlang. Es sind die letzten! Die Wahrzeichen des friesländischen Abends. Selbst dann, als es ganz dunkel geworden ist und die majestätisch sich drehende Leuchtturmkuppel ihre gleissende Lichtflut wie eine ungeheure Feuergarbe über Insel und See ergiesst, ändert sich das Bild nur noch wenig.

Die Wände der Mansardenstube, in der ich hause, scheinen einander gleichzeitig zustreben zu wollen. Das Zimmer beengt mich. Taghell wird es nach regelmässigen Zeitabständen vom spielenden Scheinwerfer durchflutet - hell - dunkel - hell - dunkel! So geht's bis zum grauenden Morgen. Es ist, als ob jedesmal ein mächtiger Komet seine Flugbahn auf die Insel gewählt habe und sie mit seinem Lichtschweif berühre.

In solchen Nächten widersteht man kaum den Lockungen einer Wanderung durch die Dünen der weiten Insel. Land und Meer haben zauberhafte Formen angenommen, und tausenderlei Stimmen durchschwingen die Luft. Die Natur scheint ihre manigfaltige Schöpfungskraft zu offenbaren. Wie eine Wüste dehnt sich der blendend weisse Dünensand in eine fast unerreichbar scheinende Ferne. Riesenhaft und zerklüftet heben sich die hohen Dünen gegen den blinkenden Sternenhimmel ab. Wind rüttelt und peitscht verdorrtes, wildes Gestrüpp. Millionen von weissen, bleichen und unscheinbaren Muscheln glänzen im Lichtstrahl des Projektors. Sie zerbersten helltönig unter jedem Schritte wie feines, zerspringendes Kristall. Aber noch ein andres sonderbares Geräusch lässt den fremden Wanderer verdutzt aufhorchen: Weit hinten von den Dünen her mag es kommen, dann greifbar nahe... Es ist das Heer der Frösche, die irgendwo in einem verborgenen Sumpfe ihre eigene Symphonie intonieren. Eine Amphibienwelt schmettert ihr wetteifernes Quaken und Raunen in die Nacht hinaus. Und das unheimlich schwarze Meer rauscht im Rhythmus dieser Musik. Nur ein mächtiges, keilförmiges Lichtbündel scheint in stoischer Ruhe die Insel zu umkreisen. Langsam tanzen dort einige grosse Wellen heran, nehmen ihre kleinen Brüderchen, die ihren Weg allein wohl nicht finden können, vor sich her und haben dann bald Eile, aufs Land zu kommen, wo sie in Gischt und Schaum zergehen. Diamantenes Gleissen und Funkeln und Brechen des grandiosen Lichtstrahls wird nicht müde des kecken Fangspiels mit den behenden, glucksenden Wellen. Und das Wasser lächelt...

So löst weltvergessene Einsamkeit taumelnde Freude in mir aus, und diese Freude wird zur tiefen Dankbarkeit an das Erhabene dieser Nacht.

Arno Sesselmann.

Ein misstöniges Burschenlied.

SPD. Wir haben erfahrungsgemäss noch lange nicht genug limonadenselige Rhein-, Wien- und Alt-Heidelberg-Kitschfilme. Instinktsicher, wie sie nun einmal ist, bemüht sich deshalb die Ufa, unter Einsatz der modernsten Tonfilmapparaturen, den immensen Bedarf zu decken. Eins der neusten Produkte, das sich im Zustande des Gedrehtwerdens befindet, wird den ebenso sinnigen wie originellen Titel tragen: "Ein Burschenlied aus Heidelberg". Natürlich verlangt das Manu-

skript eine Menge Studenten, die sich singend, trinkend, kosend, küssend, liebend, scherzend, lachend durch die Weltgeschichte bewegen. Was lag näher, als dass sich die Ufa zur Erlangung der benötigten Komparsen direkt an die Universität Heidelberg wandte! Aber da ist ihr ein Malheur zugestossen. Der Vorsitzende des Allgemeinen Studenten=Ausschusses hat die Studentenschaft von dem Wunsche der Ufa in Kenntnis gesetzt, doch die Studentenschaft ist keineswegs erbaut gewesen von dem Projekt, sondern hat es abgelehnt, "in einem Film mitzuwirken, der den Studenten nicht darstellt, wie er in Wirklichkeit ist." Der wahre Typus sei nicht mehr der Student, der beim Essen, Trinken und Lieben gezeigt werde, sondern jener, der in harter Arbeit sein Geld verdienen müsse.....

Die massgebenden Herren der Ufa, denen der Begriff "Harte Arbeit" nicht gerade sehr geläufig sein dürfte, und die dieses plebejische Wort wahrscheinlich von Leuten, die Anspruch auf Bildung erheben, am allerwenigsten erwartet haben dürften, sind einigermaßen fassungslos über diese Antwort gewesen, haben sich dann aber lächelnd über sie hinweggesetzt und zu verstehen gegeben, dass die erforderlichen Studentenkomparsen nunmehr aus den Reihen der Kaufleute und erwerbslosen Angestellten genommen werden würden. Das ist recht vernünftig! Und wenn die Ufa umgekehrt mal wieder einen ihrer neckischen Angestelltenfilme drehen sollte, in denen die Stenotypistin den Chef heiratet und der Stift binnen Jahresfrist Generaldirektor wird, so bedient sie sich vorteilhafterweise armer Studenten als Komparsen: immer jener Leute, die von dem sozialen Milieu, in das man eintaucht, die geringste Ahnung haben und seiner Versüsslichung deshalb den minimalsten geistigen Widerstand entgegensetzen. Nur, wenn es sich einmal darum handeln sollte, einen Filmdirektorfilm zu spielen, dürften Phantasie und Wirklichkeit zusammenklingen, und in diesem Bereich des Lebens dürfte die Welt tatsächlich so sein, wie der kleine Moritz sie sich vorstellt.

Agricola.

Sang in der Laubenzkolonie.

Du fluchst und stöhnst; du stöhnst und schwitzt
Und möchtest schier vor Glut zerfliessen;
Und abends müde heimgekehrt,
Dann musst du noch die Blumen giessen,
Weil alles Fluchen doch nichts nützt.

Die alten vaterländ'schen Lieder
Dein Nachbar spielt per Grammophon,
Dieweil er Nazi=Sozialist
Und grade auf der Höhe ist.
Die K.P.D.=Demonstration,
Schreit unterdessen "Hoch" und "Nieder".

Dann sitzt du still und ganz bescheiden
Auf deiner Bank, döst vor dich hin
Und denkst an der Regierung Spitzen,
Wie die wohl augenblicklich schwitzen --
"Wohl mir, dass ich kein Kanzler bin --"
Und meinst, der könnte dich beneiden.

Doch all dein Denken wird nichts nützen.
Ausbaden musst du alle Ränke.--
Der neue Mann -- wird's ihm gelingen,

Die nötigen Gelder aufzubringen?
Sprengt dieser Dietrich Kassenschranke...???

Zerbrich dir nicht den Kopf! - Ich denke:
Du musst schon so genügend schwitzen!

Walter Schirmeier.

Bodentierchen unter Berlin.^x

SPD. Vor achtzig Jahren ging ein Zittern durch das damals noch gar nicht grosstädtische, aber umso behaglichere alte Berlin. Die Hausbesitzer zitterten um ihre so wohlgebauten Häuser, denn die schienen von Grund auf bedroht zu sein durch die dunkel-geheimnisvolle Prophezeiung eines ihrer gelehrtesten Professoren an der mit Recht von ihnen stets so hochgehaltenen Universität. Hatte doch Professor G. Chr. Ehrenberg, "der alte Ehrenberg", wie ihn jovial die ganze Stadt nannte, die ihn kannte, wenn er mit einer Tasche voll Infusorien gläschen und Netzstock hinauszog nach den Teichen des Tiergartens auf Kleintierjagd - hatte doch diese grösste Leuchte der Tierwissenschaft, die Berlin je besass, bevor "der alte Brehm" auch nach Berlin zog, festgestellt, die Berliner hätten ihre Häuser nicht nur auf Sand, gebaut, sondern, was weit schlimmer war, auf lebende Infusorientierchen, und die kröchen nun mit der ganzen Friedrichstadt und den Linden und der Vosstrasse davon.

Wer es wollte, konnte es sehen in seinen wunderbaren Vergrösserungsgläsche wie so ein Flöckchen Berliner Boden in Wirklichkeit aussah. Ein Gewimmel von hellgrünen, glasglänzenden Tierchen lag darin, so dicht siedelnd wie die Menschenmenge, die über ihnen hauste. Noch lagen sie alle ruhig wie Mumien. Das kam daher, weil sie ruhten. Wehe aber, wenn sie aufwachen; da kriechen sie auseinander, und dann werden die auf ihnen gebauten Häuser ins Rutschen kommen, und die Katastrophe ist da.

Aber die düstere Prophezeiung hat sich nicht erfüllt. Noch immer steht Berlin, sicherer und glänzender denn je. Die "Bodentierchen" sind wohl da, aber sie haben sich nicht gerührt. Sie sind tot, seit vielen tausend Jahren, und nur die treffliche Erhaltung und frische grüne Farbe hatte Leben vorge-täuscht. Es sind überhaupt nicht einmal Tierchen, sondern Bodenpflanzen, sogenannte Kieselalgen. Aber diese Unterschiede kannte man vor achtzig Jahren noch nicht so genau. Und so blieb alles beim Alten; nur das Aufsehen verwehte, und eine ganz wichtige Tatsache geriet wieder allmählich in Vergessenheit, wie denn Sensationen bekanntlich umso gründlicher Verpuffen, je heller sie in den Tagen ihres Glanzes strahlten.

R. Francé.

SPD. Das Original.^x Ein Tierstimmenimitator macht glänzend das Wiehern eines Esels nach. Und siehe da, im Publikum findet sich einer, der das ebenfalls kann. Der Mann aus dem Publikum fängt auch an zu wiehern. Und hätte damit beinahe dem Mann auf der Bühne den Erfolg verdorben. Wenn dieser nicht schlau genug gewesen wäre, sofort mit Wiehern aufzuhören und zu sagen: "Es hat natürlich keinen Zweck, weiter zu wiehern. Wo das Original im Saal ist, muss die Kopie schweigen....!"

Deutscher Reichstag

183. Sitzung vom 25. Juni, 10 Uhr.

SPD. Die zweite Beratung des Haushalts des Reichsernährungsministeriums wird fortgesetzt.

Abg. Gerns (Dn) verlangt eine schleunige Umstellung der Handelsvertragspolitik mit dem Ziel, die Rentabilität der Milchproduktion und der Molkereiwirtschaft wieder herzustellen.

Abg. Passehl-Pommern (Soz):

Es muss anerkannt werden, dass das Ernährungsministerium die einzelnen Wirtschaftszweige nach Massgabe ihrer Mittel unterstützt hat. Die Seefischerei hat durch die Unterstützung einen grossen Aufschwung genommen. Wir lehnen allerdings den deutschnationalen Antrag auf Erhöhung des Salzheringszolls ab, stimmen aber der Erhöhung der Fangprämien zu. Das Kleinfischereigewerbe zeigt leider einen ständigen Rückgang, obgleich laufend Darlehen zur Rationalisierung gegeben wurden. Der Betrag und die Zahl der Darlehen ist leider auch ständig gesunken. Wir wünschen Erleichterung der Darlehensgabe und Milde bei der Eintreibung der Darlehen. Wenn nötig, muss auf die Eintreibung der Zinsen verzichtet werden, weil nur die Darlehensbeträge wieder zu Hilfeleistungen verwandt werden. Das Kleinfischereigewerbe verlangt seit langem Einbeziehung in die Sozialversicherung angesichts der grossen Gefahren des Gewerbes. Diese Einbeziehung, die durch die hohen Unfallzahlen als notwendig erwiesen wird, gehört mit zur Förderung der Aktivität der deutschen Handelsbilanz durch Zurückdrängung der Fischeinfuhr. (Bravo! bei den Soz).

Abg. Haag (Dn) weist auf die Notlage beim Obst- und Gemüsebau hin. Die Übereinfuhr ausländischer Erzeugnisse müsse abgebremsst werden. Sehr schwierig seien die Absatzverhältnisse für den Weinbau. Das Weingesetz müsse noch vor den Parlamentsferien verabschiedet werden. Im Interesse des Qualitätsweinbaues müsse der Anbau der Hybridenrebe verhindert werden.

Abg. Dr. Wendhausen (Chr. Nat. Bauernpt.) erkennt an, dass die Stützungsaktion des Ministeriums schon gute Erfolge gezeitigt habe. Wenn die im Interesse der deutschen Milchwirtschaft mit Finnland getroffenen Abmachungen nicht bald praktisch wirksam werden, dann müsse der finnische Vertrag gekündigt werden. - Der Redner begrüsst das Osthilfegesetz und wünscht seine Anwendung auch auf Mecklenburg.

Abg. Putz (Komm) führt aus, von einer allgemeinen Not der Landwirtschaft könne man nicht reden, denn innerhalb der Landwirtschaft klappe der Gegensatz zwischen den verelendeten Kleinbauern und den Grossgrundbesitzern, die über Geld und Kredit verfügen. Das Elend der Kleinbauern werde erst aufhören, wenn ihnen durch Kollektivwirtschaft wie in Sowjet-Russland die Möglichkeit gegeben wird, die technischen Verbesserungen auszunutzen.

Abg. Krätzig (Soz):

In dieser Debatte haben sich die Redner der meisten bürgerlichen Parteien fast gar nicht über die notwendige Umstellung der landwirtschaftlichen Produktion geäussert. Es gibt Leute, die den Segen der Kraft des Bodens fürchten und seinen Ertrag lieber ins Ausland verschleudern, als ihn dem eigenen Volk zu geben. Man verleumdet und beschimpft diejenigen, die sich ernstlich bemühen, der Landwirtschaft auf andere, nämlich wirksame Weise zu helfen. Einer dieser Redner hat hier wieder einmal die schon tausendmal wiederlegte Geschichte von dem Geschäftsführer der Konsumgenossenschaft Leipzig erzählt. Der Geschäftsführer hat lediglich erklärt, dass er gleichmässige gute Butter bekommen müsse, sonst müsste er sie anderswo herbeiziehen. Auf denselben Standpunkt hat sich übrigens der christlich-nationale Abg. Schlange-Schöningen gestellt! Die GEG hat vor zwei Jahren bei dem holsteinischen Molkereiverband angefragt, ob

er dem Hamburger Konsumverein den zehnten Teil der wöchentlich gebrauchten 3000 Fass Butter ständig liefern könnte; die Antwort war, vielleicht im Sommer aber keinesfalls im Winter. (Hört, hört! bei den Soz.) Ja, wenn die deutsche Landwirtschaft nicht so leistungsfähig ist wie die holländische und dänische, so muss man sich eben an diese wenden. Der deutsche Kaufmann weiss genau, dass er von den dänischen und holländischen Genossenschaften in der ganzen Vertragszeit die gleiche gute Qualität bekommt, ohne eine Probe verlangen zu müssen. Wenn dann ein holsteinischer Abgeordneter, der diese Angelegenheit kennen müsste, hier Angriffe auf die Konsumvereine richtet, so kann ich nicht glauben, dass das nicht eine bewusste Unwahrheit ist. (Sehr wahr, bei den Soz. - Die Redezeit ist abgelaufen.) Bei den kommenden Handelsvertragsdebatten werden wir darüber noch vortragen, was wir heute nicht mehr sagen können. (Beifall der Soz.)

Abg. Frau Weber (Ztr) bezeichnet es als notwendig, den grossen Einfuhrüberschuss an ausländischen Lebensmitteln zu vermindern. Es sollte ein Konsumenten-Ausschuss gebildet werden, der in dieser Frage für Aufklärung sorgt. Dieser schon früher vom Zentrum geäusserte Wunsch sollte vom Ministerium endlich erfüllt werden. Die grosse Spanne zwischen Erzeuger- und Verbraucherpreise sei geradezu ein Skandal. Sie habe sich im Verhältnis zur Vorkriegszeit mehr als verdreifacht. Eine Preissenkung liege nicht nur im Interesse der Konsumenten, sondern auch der Landwirtschaft.

Abg. Dr. Horlacher (BVP): Der Vermahlungszwang hat nicht verteuern gewirkt, sondern den Wahnsinn beseitigt, dass wir teureres Auslandsweizenmehl verzehrt und den deutschen Weizen zu Schleuderpreisen exportiert haben. Der süddeutsche Haferexport nach Österreich und der Schweiz ist durch die Einfuhrscheinsperre geschädigt worden. Die Einfuhrscheinsperre muss beseitigt und schleunigst das neue Lagerscheingesezetz vorgelegt werden, um die Lombardierung der Ernten zu erleichtern. Die Banken, die jetzt im Gelde schwimmen, sollten einmal vaterländische Gesichtspunkte vor den Geldsack stellen und den Zinsfuss für Lombardkredite senken (Ironische Zurufe links). Der Redner verlangt Hilfsmassnahmen für die bayerischen Hopfenbauern. Wenn das Milchgesetz nur kostspieligen Verbraucherschutz und keine Preisgarantie enthält, lehnt die Landwirtschaft es ab; Kann-Vorschriften sollten da nach Möglichkeit anstelle von Muss-Vorschriften treten. Die Osthilfe darf nicht bei Preussen Halt machen, sie muss auch die von der Tschechoslowakei bedrohte bayerische Ostmark berücksichtigen - das ist eine grundsätzliche Frage für uns. Das handelspolitische System der Meistbegünstigung muss sofort verschwinden. Es ist unhaltbar, dass der Banken- und Pfandbriefzinsfuss doppelt so hoch ist wie der Reichsbankdiskont.

Abg. Ederer-Niederbayern (DBp) klagt über die hohen Steuern und verlangt den gerechten Lohn für die bäuerliche Arbeit, den die Bauern gegen den Sozialismus erkämpfen müssten.

Abg. Drewitz (Wp) sucht nachzuweisen, dass der jetzige Brotpreis durchaus berechtigt ist: Gegen das Brotgesetz haben wir nicht wegen des gesetzlichen Brotgewichts gestimmt, sondern weil es nicht den erhöhten Roggenverbrauch garantiert. Die Verschiedenheit der Roggenmehle ermöglicht den Brotfabriken und Konsumvereinen den grössten Schwindel der Weltgeschichte, dass sie billigeres Brot hätten. Dabei liefern sie 80%iges Roggenmehl mit 13 % Weizenmehl und allem möglichen Dreck. (Erregte Rufe der Soz.: Schämen Sie sich!)

Abg. Schlange-Schöningen (Chr.Nat.) polemisiert gegen Abg. Graf zu Eulenburg und fördert praktische Arbeit von den Deutschnationalen. Warum hat Abg. Hergt durch das billige Schlagwort "Subvention ist Korruption" den Feinden der Landwirtschaft Waffen in die Hände gegeben? Die grosse Krise der Landwirtschaft wird erst noch kommen, wenn Russlands technische Anstrengungen dort eine landwirtschaftliche Überproduktion erzeugen werden. Der Kampf der Landwirtschaft darf nicht gegen die Konsumenten, sondern muss mit ihnen geführt werden.

Abg. Gottheiner (Dntl) gibt dem Vorredner den Vorwurf der Überheblichkeit zurück, den dieser dem Abg. Graf zu Eulenburg gemacht hat: Wir haben es nie an sachlich eingehenden Vorschlägen und Forderungen fehlen lassen. Der Abg. Rönneburg hat es leicht, Vorwürfe zu erheben, die er auf Zahlen stützt, die wir nicht kontrollieren können.

Es folgen persönliche Bemerkungen. Abg. Rönneburg (Dem) stellt gegenüber dem Vorredner fest, dass nur die heftigen wenn auch unbestimmten Angriffe des deutschnationalen Abg. Hergt die genaue Darlegung der Ostpreussenhilfe durch Rönneburg notwendig gemacht hat. Die beiden ostpreussischen Deutschnationalen, die hier gesprochen, haben meine Darstellung nicht widerlegen können. Abg. Graf zu Eulenburg (Dntl) bestreitet das.

Abg. Schmidt-Cöpenick (Soz): Ich habe nicht, wie Abg. Wendhausen behauptet hat, den Bayern geraten, statt Getreide - Bananen zu bauen. Aus dem unkorrigierten Stenogramm meiner Rede kann er sich überzeugen, dass ich solchen Unsinn nicht geredet habe. Beim langsamen Lesen wird er erkennen, dass er beim langsamen Hören nicht richtig verstanden hat. (Heiterkeit links)

Darauf wird der kommunistische Misstrauensantrag gegen Minister Schiele gegen die Stimmen der Antragsteller abgelehnt, der Haushalt mit den Entschliessungen des Ausschusses unter Ablehnung sozialdemokratischer und kommunistischer Anträge angenommen. - Angenommen wird eine sozialdemokratische Entschliessung zugunsten der Kleinfischer. Das Osthilfegesetz, Milchgesetz und Weingesetz werden dem Volkswirtschaftlichen Ausschuss überwiesen, ebenso der sozialdemokratische Antrag auf Aufhebung des Vermahlungszwanges für Inlandsweizen.

Darauf folgt der Haushalt des Auswärtigen Amtes, mit dem das Wirtschaftsabkommen mit Polen und Danzig, sowie eine Anzahl Verträge mit Deutschösterreich verbunden sind. - Berichterstatter ist Abg. v. Freytagh-Loringhoven (Dntl).

Reichsaussenminister Dr. Curtius:

Ich bin dem Haushaltsausschuss dankbar, dass er den Etat der Auslandsmissionen aus dem Etat des Auswärtigen Amtes herausgenommen hat, sodass nach den wechselnden Bedürfnissen die verschiedenen Ausgaben eingerichtet werden können. Der Berichterstatter hat seine Absicht, den Auswärtigen Etat mit den gleichen Etats Englands und Frankreichs zu vergleichen, erst vor sehr kurzer Zeit mitgeteilt. Infolgedessen ist es dem Auswärtigen Amt nicht möglich, seine Angaben jetzt schon sorgfältig nachzuprüfen. Auch ich halte einen solchen Vergleich durchaus für wertvoll. Es steht aber fest, dass der englische Etat des Auswärtigen Amtes im ganzen höher als der deutsche ist, und der französische dreimal so hoch wie vor dem Kriege. Auch wir sind durch den neuen Stand der staatlichen Verhältnisse nach dem Kriege zu erhöhten Ausgaben genötigt. Ich habe in der Kürze Vergleiche mit 17 ausländischen Auslandsmissionen angestellt und habe festgestellt, dass nach Abzug der ausländischen Marine- und Militärattachés der deutsche Etat des Auswärtigen Amtes annähernd so gross ist wie der italienische und im Personalbestand kleiner als der französische und englische ist. Ich will damit weder mir noch irgend jemand anderem einreden, dass im Auswärtigen Amt nicht noch gespart werden könnte. Eine eingehende Besprechung der Denkschrift des Berichterstatters wird im Ausschuss stattfinden. Ich habe mich nur dagegen gewandt, dass Einzelfälle verallgemeinert werden und fest gestellt, dass die deutschen Auslandsmissionen uns nach dem Kriege wertvolle politische Dienste geleistet haben.

Zur Aussenpolitik gedenkt der Minister vor allem der Rheinlandräumung: Die Befreiungsfeiern im Rheinland, dem wir nochmals unsern Dank für seine Treue aussprechen, werden hoffentlich das Bild eines Deutschlands zeigen, das in den letzten und höchsten Fragen einig ist. Wir gedenken heute wieder jenes Mannes, der seine beste Kraft für die Befreiung des Rheinlandes hingegeben hat und der nicht mehr unter uns weilt. Mögen die seelischen Wirkungen der Befreiung

noch lange nachwirken! Gegenüber gewissen Presseäusserungen, dass die deutsche Aussenpolitik nach der Rheinlandräumung neue Ziele anstreben werde, kann ich nur sagen, dass sich die Ziele der deutschen Aussenpolitik für jeden vernünftigen Beurteiler längst von selbst ergeben. Unsere Aussenpolitik war niemals so ausschliesslich auf die Lösung dieser einen Aufgabe eingestellt, dass sie darüber andere Ziele preisgegeben hätte; sie war immer darauf gerichtet, die volle politische Freiheit und Gleichberechtigung für Deutschland auch auf den Gebieten zu erreichen, wo sie heute noch nicht als gewonnen zu bezeichnen ist. Wir werden uns mit aller Kraft für eine Entwicklung einsetzen, die den deutschen Lebensinteressen Genüge schafft, und die den Frieden sichert, dessen Schutz wir für unsere Aufgaben brauchen. In jeder Situation werden wir kühl einschätzend unsere Möglichkeiten und Kräfte einsetzen. Unsere Beziehungen zu den Besatzungsmächten werden durch die Räumung wesentlich entlastet, die Barriere für ihre normale Gestaltung fällt. Das ist nicht ein Geschenk, sondern eine Handlung der politischen Vernunft, die gute Früchte tragen wird. Leider ist noch in letzter Stunde eine höchst peinliche Differenz entstanden. Wir haben nicht verhindern können, dass die Besatzungsregierungen die Flugplätze und Luftschiffhallen auf Abbruch haben versteigern lassen, ohne auf unsere Vorschläge für eine andere Regelung einzugehen. (Zuruf rechts: Das ist die Quittung!) Solche Dinge abeliegen, das hoffe ich mit aller Bestimmtheit, ein für alle Mal hinter uns.

Die Liquidation des Krieges ist leider noch nicht vollendet, die Saarfrage noch nicht gelöst. Die lange Dauer der Pariser Verhandlungen erklärt sich durch die ausserordentlich verwickelten Einzelfragen. Ich bin überzeugt, dass die Deutschen an der Saar, die stets treu zu Deutschland gehalten haben, auch diese Monate der Ungewissheit und des Harrens mit ruhiger Geduld und festen Nerven ertragen werden. So sicher wir auch der Volksabstimmung 1935 sind, so wäre es doch erfreulich, wenn die Saarfrage durch freiwillige Vereinbarung schon jetzt geregelt würde.

In Mitteleuropa sehen wir einen Zustand, wenn nicht der Gärung so doch der inneren Bewegtheit, Tendenzen und Entwicklungen, die in ihrem Wesen noch nicht zu bestimmen sind, ein Gemisch von neuen und alten Methoden, Fortschritt und zähes Festhalten an Sonderinteressen, das mit allen bekannten Mitteln der Vorkriegspolitik betrieben wird. Deutschland hat nicht das mindeste Interesse an einer Scheidung der Staaten in gegensätzliche Lager. Tritt sie aber ein, so wird Deutschland auf der Seite derer stehen, die für seine Gleichberechtigung und eine vernünftige Fortentwicklung eintreten. Jedenfalls gibt es für Deutschland keinen Widerstreit zwischen seinen eigenen Interessen und denen der grossen europäischen Gemeinschaft.

Im Völkerbund standen bis jetzt vielfach die Sonderbesprechungen über akute Fragen im Vordergrund; zukünftig wird der Völkerbund mehr zu seinen Aufgaben kommen. Er steht noch im Anfang, die Gleichberechtigung ist noch nicht in der notwendigen Masse durchgeführt. Es fehlen noch Vorkehrungen zur Gewährleistung friedlicher internationaler Entwicklung, und besonders auf den Gebieten der Abrüstung und des Minderheitenschutzes ist noch viel Grund zu berechtigter Kritik. Noch immer sucht man jeden Fortschritt auf dem Gebiet der Abrüstung von der Gewährung einer besonderen Sicherheit abhängig zu machen, obgleich es viel richtiger wäre, nicht Krieg gegen den Krieg zu führen, sondern dem Krieg überhaupt vorzubeugen. Wir müssen die Regierungen immer wieder auf die Verpflichtungen hinweisen, die sie bei der Errichtung des Völkerbundes übernommen haben.

Das Kabinett wird in den nächsten Tagen die Beratung über die Antwort auf das Briand'sche Memorandum zur Paneuropafrage beenden. Vorher kann ich ausser grundsätzlicher Zustimmung keine Äusserungen über Einzelheiten machen. Die Schwierigkeiten der innereuropäischen Politik müssen offen und unparteiisch besprochen werden. Das Memorandum erkennt ja diese Schwierigkeiten selbst an.

Die Antwort auf Briands Fragebogen wird sich im Sinne der letzten grossen Rede Stresemanns in Genf halten. In der deutsch-russischen Politik drohte ein Umschwung zur Verschlechterung der Beziehungen einzutreten, besonders wegen unserer Bedenken über die antireligiöse Kampagne und die Verschärfung der revolutionären aussenpolitischen Tendenzen der Sowjet-Regierung. Die Regierung hat es für nötig gehalten, diese Störungen durch offene Besprechung der grundsätzlichen, nicht allein materiellen Schwierigkeiten zu beseitigen. Das Presse-kommuniqué über diese Besprechungen enthält nichts Sensationelles, sondern im grossen ganzen nur die Feststellung, dass das Prinzip der gegenseitigen Nicht-einmischung in die inneren Verhältnisse die Grundlage der Beziehungen bildet. Wir müssen Wert auf gute Beziehungen Deutschlands zu seinen östlichen Nachbarn legen, insbesondere zu dem grössten Nachbarstaat, weil der Wiederaufstieg der deutschen Wirtschaft von der Entwicklung des Exports nach dem Osten abhängt, und weil wir die Brücke vom Osten zu den westeuropäischen Staaten bilden wollen.

Beim deutsch-polnischen Grenzzwischenfall sind wir verdächtigt worden, als suchten wir solche Zwischenfälle zu provozieren, um die Unhaltbarkeit der Grenz-ziehung im Osten zu beweisen. Man muss uns doch mindestens soviel politischen Verstand zutrauen, dass wir nicht glauben, Aussenpolitik mit Hilfe von Grenzzwischenfällen zu betreiben. Die Klärung des letzten Zwischenfalls ist noch nicht abgeschlossen. Die deutschen Grenzbeamten haben die Anweisung erhalten, sich grösster Korrektheit in ihrem Dienst zu befleissigen. Auf die Handelsver-tragspolitik werde ich ausführlich beim Etat des Auswärtigen Amtes eingehen. Mit Rumänien stehen wir leider noch im vertragslosen Verhältnis, und auch gegen Polen leider noch im Handelskrieg. Das liegt daran, dass diese Staaten den grössten Wert auf ihren Agrarexport legen, während wir selbst Rücksicht auf unsere notleidende Landwirtschaft nehmen müssen. Unsere Versuche, feste Zoll-sätze zu vermeiden, waren erfolgreich. Eine Gefahr bildet das polnische Kohlen-kontingent, ohne das aber der dringend nötige Handelsvertrag gescheitert wäre. Ich bitte um baldige Ratifizierung des deutsch-polnischen Vertrages und des deutsch-rumänischen vorläufigen Abkommens, das nach Schluss der Beratung im Reichsrat dem Reichstag zugehen wird. Andernfalls hat unser Export nach Rumä-nien unter den vermutlich bald erhöhten rumänischen Zollsätzen zu leiden. Ich bitte auch um baldige Ratifizierung des deutsch-österreichischen Handelsvertra-ges. Zu den Auseinandersetzungen, ob die Aussenpolitik oder die Innenpolitik den Vorrang hat, möchte ich erklären, dass dieser Streit müssig ist, und dass eine kraftvolle Aussenpolitik ihre Vorbedingung in konsolidierten innerpoliti-schen Verhältnissen haben muss. (Beifall bei den Regierungsparteien.)

Abg. Dr. Breitscheid (Soz):

Zunächst möchte ich meine Genugtuung über die Befreiung der Rheinlande aussprechen. Ich habe den Eindruck, dass man dieses Ereignis auch in Deutsch-land jetzt zu bagatellisieren versucht, obgleich jahrelang die Räumung gefor-dert wurde. Natürlich hätte die reichstreue rheinische Bevölkerung auch weiter die Last der Besatzung ertragen, wenn die Räumung allzu ungeheure Opfer erfor-dert hätte. Genugtuung empfinden wir auch darüber, dass die Räumung durch eine Politik der Ablehnung der Gewalt und der geisttätigen Redensarten gelungen ist. Wir gedenken ebenso wie der Aussenminister, Stresemanns, der uns nicht nur in der Aussenpolitik, sondern auch in der Innenpolitik fehlt. (Sehr wahr! bei den Soz.) Stolz erfüllt uns, dass erst die Sozialdemokratie die Vorbedingungen zu dieser Politik Stresemanns geschaffen hat. Die Sozialistische Internatio-nale forderte die Räumung schon zu einer Zeit, als die bürgerlichen Parteien der anderen Länder noch nicht an sie dachten. Wir haben den Eindruck, dass diejenigen, die jetzt sich zu den Feiern im Rheinland begeben, sich das allei-nige Verdienst an der Räumung zuschreiben wollen. Ein neues Kapitel der deut-schen auswärtigen Politik ist mit der Befreiung von dem Besatzungsdruck ange-brochen. Wir sind aber nicht der Ansicht, dass diese Politik anderen Gesichts-

punkten als bisher folgen sollte. Wir warnen vor der Ansicht, die auch deutsche Zeitungen aussprechen, dass die deutsche Aussenpolitik jetzt grössere Aktivität, lies grössere Angriffslust, zeigen sollte. Eine einseitige Bindung an einzelne Mächte darf nicht stattfinden. Eine Bindung an auswärtige Mächte darf nur den Charakter der Locarno-Verträge, nämlich der Friedenssicherung tragen.

Die Tatsache, dass wir 1924 den Vertrag mit der Sowjet-Union geschlossen haben, ist der beste Beweis, dass wir nicht ein gutes Verhältnis zum Westen auf Kosten des Ostens herstellen wollten. Auch die spätere deutsche Politik hat das nur bekräftigt. Und es war gut, dass niemals ein Versuch nach anderer Richtung gemacht worden ist, der nur zum Schaden Deutschlands hätte ausgehen können. (Zustimmung) Deutschland treibt europäische Politik. Gewisse Parteien, besonders der Rechten, sind damit nicht einverstanden. Aber niemand hat ein stärkeres Interesse an der friedlichen Weiterentwicklung Gesamteuropas als Deutschland, das zwischen dem Westen und dem Osten Europas eingefügt ist, und das noch weit davon ist, seinen wirtschaftlichen Wiederaufbau vollendet zu haben. Es wäre verhängnisvoll, wenn die Aussenpolitik, gewissen Hoffnungen und Wünschen entsprechend, geändert würde, die nicht nur als Befürchtungen im Ausland laut, sondern auch in Deutschland verkündet werden. Es wäre verhängnisvoll, wenn jetzt nach Erlangung der freien Hand eine Aussenpolitik getrieben würde, die uns in ihren Konsequenzen in betonten Gegensatz zu den Mächten führen würde, mit denen wir bisher in erster Linie zu paktieren genötigt waren, vor allem zu Frankreich oder England. (Zustimmung) Das würde ein bedenklicher Rückfall in die Vorkriegsdiplomatie sein, die zur Erhaltung des Gleichgewichts Bündnisse und Ententes schloss und damit den Zusammenbruch Europas herbeigeführt hat. (Sehr wahr!) Für unsere Aussenpolitik nach der Rheinlandräumung soll das Wort des Aussenministers "Keine Abenteuer!" massgebend sein. Unsere Aussenpolitik kann nicht nüchtern genug betrieben werden. Für die Jugend mag es anziehender sein, wenn starke Parolen ausgegeben werden, aber wir haben die Interessen des Deutschen Volkes zu wahren, und je nüchterner unsere Aussenpolitik ist, umso besser für die Deutsche Republik und das Deutsche Volk. (Sehr wahr! links und in der Mitte)

Manche Leute haben sich von einem besonders engen freundschaftlichen Verhältnis zu Russland grosse aussenpolitische Vorteile für Deutschland versprochen, das dann ein besonders starkes Gewicht, vor allem in dem Verhältnis zu den Westmächten in die Wagschale werfen könnte. Die Sozialdemokratische Partei und ihre Reichstagsfraktion sind zu Russland und zu einer Russland berücksichtigenden Aussenpolitik durchaus positiv eingestellt. Wir sind einverstanden mit dem Festhalten an den Verträgen von Rapallo und Berlin, auch mit der Haltung, die das Auswärtige Amt in der letzten Zeit eingenommen hat, und mit den Verhandlungen in Moskau, wenn wir uns auch nicht ganz verschweigen, dass ein gewisser Widerspruch zwischen den ursprünglichen Klagen der Reichsregierung über gewisse russische Dinge und dem letzten Kommuniqué besteht. Man hat wenig energisch angefangen, aber diese Energie scheint sich im Laufe der Verhandlungen noch beträchtlich verflüchtigt zu haben. Wir möchten vor allem, dass unsere wirtschaftlichen Beziehungen zu Russland erhalten und wenn möglich vertieft werden. Von dem, was der Berliner Vertrag 1922 darüber gesagt hat, ist der heutige Stand dieser Beziehungen sehr weit entfernt. Nicht nur, dass der deutsch-russische Handel noch lange nicht den Umfang der Vorkriegszeit angenommen hat, sondern es werden in Russland dem deutschen Handel Schwierigkeiten bereitet, die sich einstweilen nur schwer überwinden lassen. (Sehr wahr!) Das wesentlichste Hindernis liegt gewiss in der wirtschaftlichen Lage Russlands; Wir wünschen, dass die russische Wirtschaftslage sich so bessert, dass auch unsere Wirtschaft davon profitieren kann, was wieder ganz Europa zugute käme. Das in Russland bestehende Aussenhandelsmonopol gibt jedem Meistbegünstigungsvertrag einen ganz anderen Charakter, als mit anderen Ländern. Was hilft uns die russische Meistbegünstigung, wenn die russischen Behörden wichtige und die

wichtigsten Bestellungen nicht in Deutschland machen, ausserdem haben sie die Möglichkeit, Handel und Einfuhr nach Russland dahin zu konzentrieren und zu dirigieren, wo es ihnen aus wirtschaftlichen, aber auch aus politischen Gründen zweckmässig erscheint. Wir sehen, in welcher hohen Masse Russland aus Amerika einführt. Auch zur Zeit, als die diplomatischen Beziehungen mit England abgebrochen waren, entwickelte sich der englisch-russische Handel ausserordentlich stark. Man ersieht daraus, wie falsch die russische oder auch deutsch-kommunistische Behauptung ist, als ob Deutschland böswillige Zurückhaltung übe. (Sehr wahr!) Unser Wunsch nach Förderung und Vertiefung der wirtschaftlichen Beziehungen bedeutet aber nicht irgend welches Einlassen auf politisch-militärische Spekulationen. Wir fordern den Aussenminister auf, die unkontrollierbaren Fäden zwischen der Deutschen Reichswehr und der Sowjet-Armee besonders stark zu kontrollieren. Wir wollen wirtschaftliche, allgemein politische Freundschaft mit Russland, aber wir wollen nicht, dass irgend welche militärische Beziehungen angeknüpft werden, die nicht in Einklang mit unserer Aussenpolitik stehen, und die unserer Freundschaft mit Russland einen anderen Charakter geben, dadurch aber die freundschaftlichen Beziehungen Deutschlands zu anderen Staaten verschlechtern würden. (Sehr gut! bei den Soz.) Wir fordern, dass die Deutsche Regierung alles tut, um eine von Russland geförderte innerpolitische Agitation in Deutschland zu unterbinden. So wenig wir uns wegen der anderen Staatsform und Regierungsmethoden gegen Russland abschliessen wollen, so sehr verlangen wir auch, dass nicht versucht wird, von Russland aus die deutschen Verhältnisse nach russischem Vorbild zu ändern. Wir wissen genau, dass die Russische Regierung darauf antwortet, nicht sie, sondern die Komintern mache das, aber jeder weiss, wie eng diese beiden Instanzen zusammenhängen.

Ebenso wenig als wir uns gegen einen Staat wegen seiner Staatsform und Regierungsmethoden abschliessen, ebensowenig können wir uns auch an einer Kampagne beteiligen, die durch internationale Mittel die Staatsform und Regierungsmethoden in einem anderen Lande ändern will. Gerade im Verhältnis zu Russland wünschen wir nüchterne Politik. Ich hoffe, dass nicht zum Botschafter in Moskau ein Mann ernannt wird, der nach unserer Überzeugung über diese Nüchternheit in keiner Weise verfügt. (Abg. Stöhr (Natsoz): Gehen Sie doch nach Moskau!) Nein, am liebsten würde ich Sie hinschicken, aber ich fürchte, Sie bleiben uns erhalten. (Heiterkeit) Jedenfalls glaube ich, dass Sie mit Ihren Methoden in Russland viel günstiger wirken könnten und auch viel freundlicher aufgenommen werden würden, als einer von uns. (Heiterkeit) Wir Sozialdemokraten sind zum grossen Teil darauf angewiesen, Nachrichten über die Zustände in Russland aus zweiter Hand zu beziehen. Die russische Regierung, die bürgerliche und besonders deutschnationale Journalisten mit Freude und sogar mit einer gewissen Begeisterung begrüsst, lässt keinen sozialdemokratischen Berichterstatter zu. Wir müssen vielleicht auch misstrauischer sein, als z.B. Herr Kollege Hoetzsch, der ja so häufig Gelegenheit nimmt, sich selbst in Russland zu informieren. Aber unser Gesamturteil über die russischen Verhältnisse ist doch wohl durchaus richtig, und es mahnt uns zur denkbar grössten Vorsicht und Zurückhaltung.

Dasselbe gilt auch von Italien. Manche Leute wollen, dass nach der Rheinlandräumung engere Beziehungen mit Italien hergestellt werden, als schon bestehen. Auch die faschistische Staatsform und ihre Regierungsmethoden können eine demokratische Republik nicht veranlassen, sich vollständig gegen Italien abzuschliessen. Aber was sollten engere Beziehungen zu Italien uns nützen? (Abg. Stöhr: Fragen Sie Herrn Theodor Wolff! - Heiterkeit.) Wie sollte Mussolini uns nützen, zumal bei der jetzigen starken Spannung zwischen Frankreich und Italien, die Truppen gegeneinander ansammeln. Wenn Worte Taten wären, dann bedeuteten gewisse italienische Reden schon den Krieg. Wir hoffen, dass die bestehenden Kriegsverhütungsmethoden (Lachen rechts) den Ausbruch des Konflikts vermeiden werden. Aber nichts wäre für Deutschland bedenklicher, als eine An-

Lehnung an Italien und dadurch ein Gegensatz zu Frankreich. Ausserdem gibt es eine gewisse Ethik für die Republik und für die Demokratie, und diese verbietet eine Politik besonderer Freundschaft mit dem Faschismus, und noch dazu eines Gegensatzes gegen das republikanische Frankreich. Die Deutsche Republik darf dem System Mussolini nicht diese moralische Rückenstärkung geben. (Sehr wahr! bei den Soz.)

Die Grenzzwischenfälle mit Polen sind offenbar nicht von deutscher Seite provoziert worden; doch ist eine gewisse Einschränkung zu machen. Die Affäre Neuhöfen hat eine verzweifelte Ähnlichkeit mit dem Fall Schnäbele 1887, der uns nahe an den Rand eines Krieges mit Frankreich geführt hat. Man sollte die deutschen Beamten ausdrücklich dahin instruieren, dass sie sich nicht nur jeder direkten Provokation, sondern auch jeder Lockspitzeltätigkeit unbedingt zu enthalten haben. Vor 1914 hätte eine solche Häufung von Grenzkonflikten leicht die Kriegsgefahr heraufbeschwören können. Wir sehen, dass der Verständigungsgedanke grosse Fortschritte gemacht hat. Wir müssen auf diesem Wege bleiben, um zwar langsam aber schliesslich doch das Verhältnis zwischen Deutschland und Polen zu bessern.

Man verlangt aktive Aussenpolitik. Sie könnte darin bestehen, dass man im Etat des Auswärtigen Amtes die Sparsamkeit einführt, die in den anderen Ministerien schon geübt wird. Die grossen Aufwendungen für die Vertretungen in Angora und Konstantinopel, gewisse auffallend hohe Ausgaben für Einrichtungsgegenstände und Reisekosten sind zwar im Verhältnis zum Gesamtetat geringfügig, zeigen aber, dass im auswärtigen Dienst immer noch ein Geist herrscht, der von dem allgemeinen Empfinden in den republikanischen Verwaltungen sich stark unterscheidet. Wenn aber ein diplomatischer Vertreter des Reiches hohe Ausgaben u. a. damit begründet, dass die Seidenstrümpfe für Damen in der betreffenden Hauptstadt ausserordentlich teuer seien, während jedermann weiss, dass er sie durch den Kurier aus Berlin mitbringen lässt, so ist das eine schlimme Irreführung nicht nur seiner Behörde, sondern auch der Volksvertretung, die diese Gelder bewilligt. (Lebh. Zustimmung) Neben ganz ausgezeichneten Beamten sind im auswärtigen Dienst auch Herren tätig, die bei besonderer Hervorhebung des äusserlichen Auftretens sich dem Geist und Wesen der demokratischen Republik nicht anpassen und noch in jener Zeit zu leben scheinen, da die Diplomaten nur mit Fürsten und ihren Ministern zu tun hatten, während sie heute Deutschland bei dem ganzen Volk vertreten sollen, bei dessen Regierung sie beglaubigt sind. Auch hier müsste auf Wandel gesehen werden. (Sehr wahr! links)

Oder sieht man die Aktivität der Aussenpolitik vielleicht in der Förderung deutscher Kolonialpropaganda, wie sie jetzt unter Missbrauch des Auswärtigen Amtes betrieben wird? Wir wollen die Aktivität der Aussenpolitik darin sehen, dass sie die Annäherung und Verständigung zwischen den Staaten fördert. Diesem Ziel streben wir zu, und darum begrüssen wir das Memorandum Briands. Freilich drängt es die wirtschaftlichen Fragen bedauerlicherweise in den Hintergrund und macht ihre Regelung von einem vorigen Abkommen über die Sicherheit abhängig, obgleich nicht zu erkennen ist, was beides mit einander zu tun hat. Verhindert muss werden, dass durch eine europäische Organisation der Völkerbund geschwächt oder geschädigt werde. Er ist zwar noch lange nicht unser Ideal, aber es darf nicht ein Konkurrenzverband die Bedeutung dieses Weltbundes einschränken. Über die Aufrechterhaltung der Souveränität der Einzelstaaten, die Briand auch im europäischen Verband erhalten will, könnte man verschiedene Meinungen äussern. (Zuruf rechts: Sie haben ja schon die deutsche Souveränität beseitigt) Jeder internationale Vertrag ist eine Beschränkung der Souveränität. Deutschland hat darüber hinaus grosse Teile seiner Souveränität verloren. Man sollte zu dem Begriff der Gleichberechtigung übergehen, die heute freilich nicht vorhanden ist. Unsere Abrüstung wollen wir aber nicht wie Sie (nach rechts) durch Aufrüstung ersetzen und durch Beseitigung der entmilitarisierten

Rheinzone, aber wir fordern, dass die anderen Regierungen ihre Verpflichtungen aus dem Versailler Vertrag und aus dem Völkerbundspakt erfüllen. In die Genfer Verhandlungen über den Plan Briands tritt Deutschland mit dem Vorbehalt seiner Gleichberechtigung ein und dass der neue Pakt die Revisionsmöglichkeiten älterer Verträge stärker herausarbeiten muss, als der Artikel 19 des Völkerbundpaktes. (Zustimmung)

In dem Memorandum Briands ist kein Hinweis enthalten auf das grosse Problem des Minderheitenschutzes, dessen Regelung eine Voraussetzung für das Gelingen des ganzen Planes ist. Hier erwächst Deutschland die Aufgabe des Eintretens für alle, nicht nur für die deutschen Minderheiten. Kennzeichnend für die Zustände auf diesem Gebiet ist die Behandlung der Schriftstellerin Isolde Reiter, die wegen ihres Eintretens für die deutsche Minderheit in Südslavie verhaftet, in infamster Weise misshandelt und gefoltert worden ist. Dieser Fall ist ein wahrer Schandfleck für Europa, garnicht zu reden von der südslavischen Diktatur als solcher. Gegen alle Verfolgungen der Minderheiten aufzutreten, das wäre eine Aufgabe der deutschen Politik. (Lebh. Zustimmung) Der Zusammenschluss Europas ist politisch, kulturell und wirtschaftlich notwendig, das letztere wegen der schweren Konkurrenz Amerikas. Gleichberechtigung für alle, auch für diejenigen, die in einem Staat mit anderer Volksmehrheit leben müssen, ist die Vorbedingung.

Unsre Aussenpolitik kann nur dahingehen, die Verständigung, den freidlichen Ausgleich der Völker herbeizuführen. Das ist keine Parole, mit der man zunächst die Jugend begeistert, aber wir haben die Aufgabe, die Erkenntnis in die Köpfe zu bringen, dass nur die Friedenspolitik Europa vorwärts bringen kann. Manche nennen das Feigheit, aber es gehört in Deutschland heute wahrhaftig mehr Mut dazu, den Frieden zu verteidigen, als gewaltsame Konflikte heraufzubeschwören, wie es besonders jene tun, die für die Gewalt nicht zu haben sind, wenn an sie appelliert wird, und die im Weltkrieg den Feind so gehasst haben, dass sie ihn nicht einmal sehen wollten. (Heiterkeit) Die Friedenspolitik ist die einzige, die im Interesse Deutschlands und Europas liegt! (Lebh. anhaltender Beifall der Soz.)

Abg. von Freytagh-Loringhoven. (Dnat.): Wiederholt seine Vergleiche, die er als Berichterstatter zwischen dem Etat des Auswärtigen Amtes und der Auslandsmissionen und dem des englischen Aussenamtes und der englischen Auslandsvertretungen gezogen hatte und erklärt die deutschen Ausgaben für zu hoch. Deutschlands auswärtiger Etat sei um 75 % höher, als der französische (Hört! Hört!), hauptsächlich infolge des zu starken Personals. Es sei unverständlich, dass in den deutsch-russischen Verhandlungen die gegenseitige Nichteinmischung vereinbart worden sei. England habe, obgleich es auch über das Unterbleiben russischer Propaganda verhandelt habe, sich niemals mit Russland auf eine Stufe stellen lassen. Habe Deutschland etwa Propaganda für die Weimarer Verfassung in Russland getrieben? (Heiterkeit) Fördere es ferner das Vertrauen zur französischen Friedensbereitschaft, wenn Deutschland sich gefallen lassen müsse, dass die abziehenden französischen Offiziere ihre Degen in den Rhein tauchten, und wenn der internationale Bahnschutz des Saargebiets im französischen Heeresetat als reguläre Truppe erscheint? Der Kelloggspakt und die französischen Paneuropapläne sollten nur das System von Versailles festigen, und Frankreich seine Eroberungen sichern.

Abg. Ullitzka (Ztr.): Wir begrüßen das Europamemorandum Briands wie alle Bestrebungen, die Völker vor dem gegenseitigen Bekämpfen zu schützen. Die ständige Betonung des Sicherheitsmomentes durch Briand erregt allerdings unser Misstrauen. Mit so chauvinistischen Völkern, wie sie in Europa noch existieren und ohne die Abschaffung des Versailler Vertrages ist Paneuropa nicht zu verwirklichen. Die Ostgrenze Deutschlands ist unhaltbar; das braucht nicht durch Grenzzwischenfälle bewiesen zu werden. Auch die Besserung der Behandlung der

Behandlung der deutschen Minderheit in Polen ist eine Vorbedingung für die Paneuropäische Verständigung. Wir begrüßen den deutsch-polnischen Handelsvertrag. Wir fordern die Rückkehr des Saargebiets in den deutschen Zollverband. Wir haben eine Zolleinheit des Saargebiets mit Frankreich nach seiner Rückgliederung an Deutschland nie diskutiert.

Abg. D. Mumm (Chr. nat. Arb. Gem.) spricht von den Leiden und Nöten der Christen in Russland (Erregte Zwischenrufe der Komm.) und gegen den unchristlichen Mammonismus der Gegner Deutschlands, die uns unerträgliche Lasten auferlegen.

Um 18 Uhr vertagt sich der Reichstag auf Donnerstag 11 Uhr: Notetat, Fortsetzung der aussenpolitischen Debatte, Anträge auf Aufhebung der Immunität von Abgeordneten.

Preussischer Landtag

SPD. Berlin, den 25. Juni 30 (Eig. Be

Eine Reihe kleinerer Vorlagen werden den zuständigen Ausschüssen überwiesen, so der Gesetzentwurf über die Erweiterung des Stadtkreises Buxtehude, ein Kreditgesetz über Landgewinnungsarbeiten an der Nordseeküste und eine Kreditvorlage zu Neubauten in Bad Pyrmont.

Deutschnationale und Deutsche Volkspartei beantragen Einsetzung eines Untersuchungsausschusses wegen der Personalpolitik im Preussisch Statistisches Landesamt. Der Ausschuss soll 29 Mitglieder haben.

Abg. Riedel (Dem.): Dafür genügen uns auch 15 Mitglieder. Warum wollen ausgerechnet die "Parteien der Sparsamkeit" so hohe unnütze Kosten machen? - Mit den Stimmen der Koalitionsparteien wird die Mitgliederzahl dieses Untersuchungsausschusses auf 15 festgesetzt.

Es folgt die zweite Lesung des Finanzausgleichs. - Abg. Dr. von Eynern (D.V.P.) beantragt Rückverweisung an den Hauptausschuss. - Da weder der Antragsteller noch ein anderer Volksparteiler im Saale anwesend sind, wird der Antrag einstimmig abgelehnt. (Heiterkeit)

Es folgt die wiederholte Abstimmung über den Gesamtetat in dritter Lesung. Er wird mit 230 Ja- gegen acht Nein-Stimmen angenommen. (Lebhafter Beifall bei den Regierungsparteien, grosser Lärm bei Wirtschaftspartei und Nationalsozialisten.)

Die Notverordnung über die Erhöhung der staatlichen Grundvermögenssteuer wird mit 221 gegen 54 Stimmen gutgeheissen. (Neuer Lärm bei der Wirtschaftspartei und den Nationalsozialisten).

Über die Ausschussberatungen zum Finanzausgleich erstattete Abg. Szillat (Soz.) Bericht. Er hebt hervor, dass die Regierungsparteien sich völlig geeinigt hätten, dass aber auch die Oppositionsparteien im wesentlichen die Grundlage der Regierungsvorlage als richtig anerkannt hätten. Eine Aufhebung oder Abänderung der relativen Garantie sei als notwendig anerkannt worden, aber in diesem Jahre noch nicht möglich. Die Ausschussanträge wurden schliesslich angenommen.

Abg. Lademann (Komm.) führt dann Beschwerde darüber, dass der Geschäftsordnungsausschuss wieder in einer ganzen Reihe von Fällen die Aufhebung seiner Immunität vorschläge, obwohl er durchaus in der Lage sei, für seine Behauptungen den Wahrheitsbeweis zu führen.

Abg. Heilmann (Soz.)

Gerade dazu will der Geschäftsordnungsausschuss dem Abgeordneten Lademann die Möglichkeit geben. Es handelt sich durchweg um Fälle, bei denen ein starkes öffentliches Interesse an die Ermittlung der vollen Wahrheit besteht. Hätte der Abgeordnete Lademann nur, fühlte er sich als Kämpfer, so würde er selbst um die Aufhebung seiner Immunität bitten. (Sehr gut! bei den Soz.) (Grosser Lärm bei den Komm.) Völlig irrig ist die Annahme, dass der Geschäftsordnungsausschuss durch Aufhebung der Immunität schon ein Vor-Urteil darüber fällen wolle, ob die Behauptungen des Abgeordneten Lademann richtig oder falsch seien. Ein solches Urteil steht nur dem Gericht zu und sei nach erfolgter Zeugenvernehmung möglich. Aber imponieren könne der Sozialdemokratie eine "revolutionäre" Partei nicht, die sich in den Landtag stelle und stundenlang greine, weil im schlimmsten Falle ein paar ihrer Mitglieder zu ein paar Mark Geldstrafe verurteilt werden könnten. (Beifall bei den Soz., Lärm bei den Komm.)